



DER KONGRESS
DER GEMEINDEN UND REGIONEN
DES EUROPARATES

TÄTIGKEITSBERICHT

(Dezember 2013 bis Mitte April 2014)

Mitteilung des Generalsekretärs
des Kongresses

anlässlich der 1197ten Tagung der Stellvertreten-
den Minister vom 16. April 2014

CG(26)19



CG(26)19
16. April 2014

Tätigkeitsbericht des Kongresses

(Von Dezember 2013 bis Mitte April 2014)

Mitteilung des Generalsekretärs des Kongresses anlässlich der 1197ten Tagung der Stellvertretenden Minister am 16. April 2014

EINLEITUNG

Der Kongress, 20 Jahre im Dienste der lokalen und regionalen Demokratie

Der Kongress der Gemeinden und Regionen feiert dieses Jahr sein 20. Jubiläum. Dieser Jahrestag wurde im Laufe der 26. Tagung mit einer besonderen Zeremonie begangen, in Anwesenheit der ehemaligen Kongressvorsitzenden und von Repräsentanten der verschiedenen institutionellen Partner des Kongresses, insbesondere des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union.

Zu diesem Anlass wurde im Sitzungssaal die Rede von Jacques Chaban Delmas ausgestrahlt, gehalten im Jahre 1957 zur Eröffnung der ersten Europäischen Konferenz der Gemeinden, welche den Beginn des Kongresses darstellt. In dieser Rede erinnerte er daran, dass die Frage der lokalen und regionalen Demokratie im Europarat bereits auf eine sechzigjährige Tradition zurückgeht. Die lokalen und regionalen Volksvertreter, die Leiter und Mitglieder des Kongresses gehören zu den treibenden Kräften der Dezentralisierung in Europa, denn sie fördern den Dialog zwischen allen Verwaltungsebenen und tragen dazu bei, neue Arten der Beteiligung der Bürger an den Entscheidungsprozessen auf dezentralisierter Ebene zu entwickeln.

Die beiden Jahressitzungen bilden die Höhepunkte der Tätigkeit des Kongresses. Im Jahre 2014 sind sie dem Thema «Teilhabe der Jugend: eine geteilte Verantwortung für Städte und Regionen» gewidmet. Doch die Tätigkeit des Kongresses beschränkt sich nicht nur auf die Sitzungen. Sie findet das ganze Jahr über statt, im Rahmen von Monitoring, Post-Monitoring, Wahlbeobachtungen, Kooperationsprogrammen oder auch durch die Teilnahme an und die Organisation von themenspezifischen Veranstaltungen. Seit dem letzten Bericht (Dezember 2013) und der Annahme von neuen Verfahren Ende 2013 hat der Kongress einen Dialog mit den Behörden von Bosnien-Herzegowina und Portugal eingeleitet, eine Monitoring-Mission in Belgien durchgeführt und die lokalen Wahlen in den Niederlanden beobachtet. Er trug ebenfalls zu den Veranstaltungen bei, die im Rahmen der Übernahme des Vorsitzes des Ministerkomitees durch Österreich in Graz, Salzburg, Wien und Innsbruck organisiert wurden und führte einen intensiven Dialog mit dem Ministerkomitee, insbesondere dem GR-DEM, sowie mit den Landesbehörden der Mitgliedstaaten. Außerdem aktualisierte er seine Kooperationsprogramme, unter anderem in Albanien und Armenien und leistete einen Beitrag zu den Aktionsplänen des Europarates für die Mitgliedstaaten.

Ebenso wie die anderen Instanzen des Europarates widmet der Kongress natürlich der Lage in der Ukraine seine besondere Aufmerksamkeit. Infolge einer Debatte, die aus dringenden Gründen in der 26. Sitzung stattfand und nach Annahme einer Erklärung beschloss der Kongress, eine Delegation in die Ukraine, auch in die Region der Krim, zu schicken, um die Lage zu untersuchen. Der Kongress ist außerdem entschlossen, aktiv an der Revision des Aktionsplanes des Europarates für die Ukraine teilzunehmen, was dessen lokale und regionale Dimension anbetrifft. Er bereitet gegenwärtig eine Beobachtungsmission der lokalen Wahlen vor, die am 25. Mai stattfinden.

Der hier vorgelegte Bericht gibt einen Überblick über die seit Mitte Dezember 2013 durchgeführten Tätigkeiten. Er zeugt von der Fähigkeit des Kongresses, im Geiste der Innovation und der Optimierung seiner Ressourcen zu handeln. Er veranschaulicht gleichzeitig das Engagement seiner Mitglieder bei der Entwicklung der lokalen und regionalen Demokratie auf dem europäischen Kontinent.

Mitteilung von Andreas Kiefer, Generalsekretär des Kongresses der Gemeinden und Regionen

20. JAHRESTAG DES KONGRESSES

Die 26. Tagung des Kongresses, die vom 25. bis 27. März stattfand, war vor allem eine Gelegenheit, das zwanzigjährige Jubiläum dieser Versammlung zu begehen, die vom Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Wien gegründet wurde. Mit den Partnern des Kongresses wurde eine besondere Feier organisiert, denn wie Sie wissen feiert der Ausschuss der Regionen der Europäischen Union in diesem Jahr ebenfalls sein zwanzigjähriges Jubiläum. Der Kongress erinnerte indessen daran, dass der Europarat bereits vor 60 Jahren damit begann, die lokale und regionale Demokratie und die Dezentralisierung zu fördern. Die Kongressmitglieder ehrten den französischen Staatsmann, Jacques Chaban-Delmas, den ersten Präsidenten der Europäischen Konferenz der Gemeinden, die dem Kongress vorausging und erinnerten an seine im Jahre 1957 gehaltene Eröffnungsrede, die eine starke politische Vision der lokalen und regionalen Autonomie auf unserem Kontinent enthielt.

Ich lege besonderen Wert darauf, der Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung, Frau Anne Brasseur, zu danken, deren Ansprache sowie die in der Sitzung eröffnete Debatte großen Zuspruch fanden. Die Beziehungen zwischen dem Kongress und der Versammlung wurden gestärkt und zeugen von den guten Synergien, beispielsweise im Bereich der Wahlbeobachtungen, aber auch im Rahmen von zahlreichen themenbezogenen Tätigkeiten.

ALLGEMEINES THEMA : DER PLATZ DER JUGEND IN DER GESELLSCHAFT

Im Jahre 2013 wählte der Kongress zum allgemeinen Thema seiner Sitzungen die verschiedenen Aspekte der Krise in Europa. Da die Jugendlichen besonders von der Krise betroffen sind, steht die « Jugend » im Jahre 2014 im Mittelpunkt der Sitzungen des Kongresses und der sonstigen Tätigkeiten, die den Strategien und der Politik gewidmet sind, welche von den Gemeinden und Regionen als Hauptakteure der Eingliederung der Jugend in die Gesellschaft betrieben werden. Diese Maßnahmen setzen voraus, dass den Jugendlichen Zugang zur Bildung, zur Beschäftigung und zu anderen sozialen Rechten gewährleistet werden, um es ihnen zu ermöglichen, am sozialen und am öffentlichen Leben, zunächst auf lokaler Ebene teilzuhaben.

Die Tagung des Monats März hatte zum Thema : « Der Platz der Jugend in der Gesellschaft : eine geteilte Verantwortung der Städte und Regionen ». Die Kongressmitglieder diskutierten mit den Vertretern der Jugend über folgende Punkte

- Rolle und Platz der Jugendlichen beim Aufbau der lokalen und regionalen Demokratie ;
- Gewährung des Stimmrechts ab dem Alter von 16 Jahren vermittels der Teilhabe an Erfahrungen und Standpunkten und
- politische Maßnahmen, die darauf abzielen, jungen Roma die Möglichkeit zu geben, mit Hilfe von Teilhabe zu handeln.

Die Jugend steht auch im Mittelpunkt der Konferenzen über die Teilhabe von Jugendlichen, welche am 12. und am 16. Juni in Straßburg und in Baku stattfinden, letztere im Rahmen der aserbaidjanischen Präsidentschaft im Ministerkomitee. Im Oktober wird der Kongress eine nie da gewesene Maßnahme ergreifen, indem er es Jugendlichen ermöglicht, an der Tagung teilzunehmen. Sie werden an der Seite des Vorsitzenden ihrer nationalen Delegation tagen und können in den Debatten das Wort ergreifen. In enger Zusammenarbeit mit der Jugendabteilung des Europarates wird für sie ein Sonderprogramm vorbereitet. *Ich möchte die Qualität dieser Zusammenarbeit im Bereich der Jugendfragen besonders hervorheben.* Hiermit wird der Kongress einen konkreten Beitrag zum Weltforum der Demokratie leisten, welches in diesem Jahr der Jugend besondere Aufmerksamkeit widmet.

MONITORING UND POST-MONITORING

Die Tagung des Monats März war geprägt von den Reden mehrerer Minister und einem Meinungsaustausch unter ihnen, darunter die Minister von Österreich, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich sowie die Minister der verschiedenen Gebiete von Bosnien Herzegowina. Ich möchte dem Vorsitz und den Botschaftern dieser Länder für die Organisation der Besuche danken.

Diese konstruktiven Meinungsaustausche kennzeichnen eine neue Etappe in der Entwicklung des politischen Dialogs zwischen den Mitgliedstaaten und dem Kongress im Laufe der Jahre.

In dieser Hinsicht stellt der kürzliche Meinungsaustausch zwischen dem KongressPräsidium und der Vorsitzenden des GR-DEM, der Botschafterin Ellen Berends, über die den Empfehlungen des Kongresses geleisteten Folgen einen weiteren lobenswerten Fortschritt in der verstärkten Zusammenarbeit mit dem Ministerkomitee und den nationalen Regierungen dar, unter anderem um die in den Empfehlungen des Kongresses vorgeschlagenen Tätigkeiten in die Praxis umzusetzen. Der Vorstand ist sehr dankbar dafür, dass diese Punkte sowie die häufigen Fragen, die in den Berichten über die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung gestellt wurden, in die Tagesordnung einer zukünftigen Versammlung des GR-DEM aufgenommen wurden und ernannte Herrn Karl-Heinz Lambertz, Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und Vorsitzender des Gouvernance-Ausschusses, um den Kongress im Dialog mit Ihnen zu vertreten.

WAHLBEOBACHTUNGEN

Die ständig wachsende Zahl von Einladungen zu Beobachtungen von lokalen oder regionalen Wahlen ist ein weiteres Zeichen der Relevanz der Arbeiten des Kongresses. Letzterer beobachtete die Gemeindewahlen am 19. März in den Niederlanden und wurde eingeladen, dasselbe in der Türkei, in Georgien und in der Ukraine zu tun.

Das KongressPräsidium begrüßte die am 20. März durch die türkischen Behörden versandte Einladung zur Beobachtung des Ablaufs der lokalen Wahlen vom 30. März und bedauerte, nicht in der Lage zu sein, dieser Einladung Folge zu leisten, angesichts der zu kurzen Frist für eine gute Organisation dieser Beobachtungsmission.

In der Ukraine wird der Kongress die Gemeindewahlen beobachten, die am 25. Mai 2014 in 43 Städten stattfinden.

In Georgien ist der Kongress die einzige internationale Organisation, welche die lokalen Wahlen im Juni beobachten wird, eine Situation, die übrigens immer häufiger eintritt.

Außerdem haben wir die Absicht, die lokalen Wahlen in Aserbaidschan im Dezember 2014 zu beobachten. Wir sind dankbar für die Ankündigung, die in diesem Sinne von Herrn Mahmud Mammad-Guliyev, dem aserbaidchanischen Vize-Außenminister, gemacht wurde.

SITUATION IN DER UKRAINE

Der Situation in der Ukraine wurde im Laufe der 26. Sitzung besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Am Ende einer Dringlichkeitsdebatte nahm der Kongress eine Erklärung an, aus der hervorgeht, dass er die Gültigkeit des Referendums auf der Krim nicht anerkennt und die territoriale Einheit der Ukraine verteidigt.

Das KongressPräsidium hatte am Vortage erneut seinen Willen bekundet, den Dialog mit Russland aufrecht zu erhalten und vertrat die Meinung, dass bei der gegenwärtigen Lage nur Versammlungen des Kongresses über den politischen Dialog hinsichtlich einer Lösung der Krise auf der Krim und der Wiederherstellung der territorialen Einheit der Ukraine in Russland stattfinden können.

EMPFEHLUNGEN ZUR TÜRKEI

In dieser Tagung wurden außerdem eine EntschlieÙung und eine Empfehlung über die Lage der in der Türkei inhaftierten Gemeinderäte angenommen. Diese Debatte folgte auf den zweiten Besuch der Delegation des Kongresses im vergangenen Dezember bei dem ehemaligen Kongressmitglied Leyla Güven, die im Gefängnis von Diyarbakir einsitzt. In diesem Zusammenhang möchte ich dem ehemaligen Justizminister, Sadullah Ergin, für seine Zusammenarbeit bei der Organisation dieses Besuchs meinen besonderen Dank aussprechen.

Der Kongress hob hervor, dass Dutzende von Bürgermeister, stellvertretenden Bürgermeistern und Gemeinderäten, die seit Jahren in der Türkei in Untersuchungshaft sind, dieselbe Behandlung erfahren müssten wie alle Mitglieder der türkischen Nationalversammlung, die unter ähnlichen Bedingungen und aus denselben Gründen wie Leyla Güven gefangen gehalten und infolge eines kürzlichen Erlasses des Verfassungsgerichtes der Türkei freigelassen wurden.

KOOPERATION

Der Kongress entwickelt weiterhin Kooperationsprogramme für mehrere Mitgliedstaaten. Zwei Programme dieser Art werden gegenwärtig in Albanien und Armenien umgesetzt. Die Aktionspläne des Europarates enthalten weitere Projekte in Bezug auf Aserbaidschan, Bosnien-Herzegowina, Georgien, Moldawien und die Ukraine.

Im selben Zusammenhang gründete der Kongress im vergangenen Jahr die Europäische Allianz der Städte und Regionen für die Inklusion der Roma, der einen Rahmen des Dialogs, des Informationsaustausches und der praktischen Erfahrungen auf lokaler und regionaler Ebene bietet. Diese Allianz stellt indessen eine neue Aufgabe dar, für die der Kongress noch weitere Mittel finden muss als die des ordentlichen Haushaltes, um in der Lage zu sein, diese wichtige Aktion fortzusetzen.

VORSITZE

Ich möchte dem österreichischen Vorsitz für seine enge Zusammenarbeit mit dem Kongress danken. Letzterer hat sich aktiv an mehreren Ereignissen beteiligt, die im Rahmen dieses Vorsitzes organisiert wurden und deren Liste im Tätigkeitsbericht enthalten ist.

Der Kongress beteiligt sich ebenfalls an den Vorbereitungen für den aserbaidischen Vorsitz. Es wurden außerdem Diskussionen über die Themen des belgischen Vorsitzes eingeleitet. Ich möchte den Botschaftern dieser Länder für ihre ausgezeichnete Zusammenarbeit meinen Dank ausdrücken.

REFORM UND ARBEITSBEDINGUNGEN

Abschließend möchte ich daran erinnern, dass die politische Relevanz des Kongresses für diese Organisation sich im Laufe der letzten Jahre verstärkte. Das Präsidium ist äußerst dankbar für die Erklärungen, die in diesem Zusammenhang von mehreren Delegationen anlässlich meiner früheren Präsentationen der Tätigkeitsberichte abgegeben wurden.

Die Mitglieder des Präsidiums, die Vorsitzenden der nationalen Delegationen sowie die Kommissionsvorsitzenden stellen indessen mit Sorge fest, dass das wachsende Potential des Kongresses und seine konkreten Realisierungen leider nicht den verfügbaren Ressourcen entsprechen. Der Kongress handelt weiterhin im richtungsweisenden Sinne der Reform und modernisiert seine Arbeitsmethoden.

Trotz dieser Bemühungen, trotz der eingeleiteten Reformen und der Effizienzverbesserungen zeigen sich im Jahre 2014 die beträchtlichen Auswirkungen der Budgetreduzierungen und der Streichung von Posten in den letzten fünf Jahren. Die gegenwärtigen Ressourcen des Kongresses sind unzureichend, um sein Potential voll zu nutzen in Bezug auf Monitoring und Wahlbeobachtungen, Zusammenarbeit oder themenspezifische Aktivitäten, sowie sonstige Missionen und Aufgaben, die ihm vom Ministerkomitee anvertraut werden. Freiwillige Beiträge und die Umsetzung von gewissen Bestandteilen der Aktionspläne des Europarates bieten neue Möglichkeiten. Die satzungsgemäßen Arbeiten, die die Grundlage dieser zusätzlichen operationellen Tätigkeiten bilden, leiden indessen unter den Budgeteinschränkungen, die Ihnen das Kongresspräsidium im vergangenen Jahr präsentiert hat.

Um diesen Schwierigkeiten zu begegnen, wird das Sekretariat seine Rationalisierungsbemühungen fortsetzen, bei gleichzeitiger Gewährleistung der für unsere Arbeit erforderlichen Qualität. Neue Appelle an eventuelle freiwillige Initiativen und Beiträge sollen auf der Webseite veröffentlicht werden, um insbesondere das Monitoring und die Zusammenarbeit, aber auch neue Aktionen zu unterstützen, die nicht im ordentlichen Haushalt verzeichnet sind, wie die Europäische Allianz der Städte und Regionen für die Inklusion der Roma. Aufgrund des Fehlens von zusätzlichen Ressourcen ist der Kongress nicht in der Lage, neue Aktivitäten durchzuführen, ohne dass dies zu Lasten der statutarischen Arbeiten geht, die bereits unter den budgetären Einschränkungen leiden. Eine präzise Beschreibung der erforderlichen Initiativen wird vor den Sommerferien auf der Webseite veröffentlicht.

Ich möchte Sie vor allem von der Bedeutung und der Relevanz dieser Aktivitäten für den Europarat überzeugen und hoffe, dass Sie positiv auf unseren Appell reagieren.

Inhaltsverzeichnis

1.	Die politische Agenda des Kongresses	11
a.	Agenda.....	11
b.	Ukraine.....	12
c.	Die Vorsitze des Ministerkomitees	14
2.	Zusammenarbeit innerhalb des Europarates.....	15
a.	Der zwischenstaatliche Sektor	15
b.	Die Parlamentarische Versammlung	15
c.	Der Menschenrechtskommissar	16
d.	Die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedigkommission)....	16
e.	Der Sondervertreter des Generalsekretärs für die Integration der Roma	16
3.	Aktivitäten der Organe des Kongresses	17
a.	Präsidium.....	17
b.	Die Plenartagungen	18
c.	Die Kammern.....	19
d.	Die Ausschüsse	20
4.	Monitoring der Gemeinde- und Regionaldemokratie	22
a.	Monitoring-Tätigkeiten	22
b.	Beobachtung von Gemeinde- und Regionalwahlen	24
5.	Themenspezifische Aktivitäten	24
a.	Menschenrechte auf lokaler Ebene	24
b.	Soziale Inklusion.....	24
c.	Beteiligung der Bürger.....	25
d.	Rechte der Kinder	26
e.	Jugend	26
f.	Förderung der Regional- und Minderheitensprachen	27
6.	Kooperationsmaßnahmen und Außenbeziehungen	27
a.	Die externen Partner.....	27
b.	Kooperationsprogramme und Aktionspläne	28
APPENDICES	33	
APPENDIX I – Agenda of the 26 th Session (25-27 March 2014).....	33	
APPENDIX II – Declaration on Ukraine.....	41	

1. Die politische Agenda des Kongresses

a. Agenda

- **Eine Delegation des Kongresses besucht Leyla Güven (7. Dezember 2013)**

Eine Delegation, bestehend aus den zwei Berichterstattem für die Türkei, Anders Knappe, (Schweden, PPE/CCE) und Leen Verbeek, (Niederlande, SOC), begleitet von Gaye Doganoglu (Türkei, PPE/CCE), Vorsitzende der türkischen Delegation des Kongresses, besuchte Leyla Güven, ehemaliges Mitglied der türkischen Delegation des Kongresses und Bürgermeisterin der Gemeinde Viransehir, die wie andere lokale Volksvertreter seit Dezember 2009 in Diyarbakir inhaftiert ist. Sie wird angeklagt, Komplizin und Mitglied einer terroristischen Vereinigung zu sein. Ihr Prozess läuft seit Oktober 2010. Die Situation von Frau Güven wurde in mehreren Sitzungen des Kongresses untersucht und seit dem ersten Besuch des Kongresses im Oktober 2011 wurde das Kongresspräsidium in allen Versammlungen über ihre Situation auf dem laufenden gehalten. In der Tagung vom 26. März nahm der Kongress einen Bericht über die Situation von Leyla Güven und anderen Volksvertretern an, die in der Türkei inhaftiert sind. In diesem Bericht wird die Freilassung von Leyla Güven und aller türkischen Volksvertreter verlangt, die sich in einer ähnlichen Situation befinden (siehe unter « Tagung »).

- **Mitteilung des Generalsekretärs des Kongresses an das Ministerkomitee (11. Dezember 2013)**

In seiner Mitteilung gibt Andreas Kiefer einen Überblick über die Haupttätigkeiten des Kongresses von April bis Ende November 2013. Er hebt hervor, dass der Kongress die Verfolgung der Situation der lokalen und regionalen Demokratie in den Mitgliedstaaten in drei Etappen entwickelte : Monitoring, Post-Monitoring und gezielte Tätigkeiten der Zusammenarbeit. Er erinnert daran, dass der Kongress aktiv den politischen Dialog mit den Regierungen vorantreibt, um die Umsetzung seiner Empfehlungen zu ermutigen und lenkt die besondere Aufmerksamkeit auf die Ratifizierung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung durch den 47. Mitgliedstaat, San Marino, in der 25. Tagung im Oktober. Diese Charta deckt somit das gesamte Gebiet des Europarates ab.

- **Erklärung des Präsidiums über «die Regional- oder Minderheitensprachen Europas heute » (10. Februar 2014)**

In dieser Erklärung begrüßt das Präsidium die Abstimmung der französischen Nationalversammlung, die sich am 28. Januar 2014 mit breiter Mehrheit für eine Verfassungsänderung aussprach, um die Ratifizierung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen durch Frankreich, 15 Jahre nach deren Unterzeichnung zu genehmigen. Das Präsidium bittet Island, Italien und Malta, die ebenfalls die Charta unterzeichneten, ohne sie zu ratifizieren, dem positiven Beispiel Frankreichs zu folgen. Außerdem fordert es Albanien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, die russische Föderation und die « ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien » auf, die Charta zu ratifizieren, da sie sich mit dem Beitritt zum Europarat hierzu verpflichteten. Der Kongress – insbesondere seine Kammer der Regionen – wird diese Frage weiterhin in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Organen des Europarates verfolgen.

- **Begegnung einer Abordnung des Kongresses mit dem zyprischen Präsidenten (Nikosia, 19. Februar 2014)**

Anlässlich der Versammlung der Monitoring-Kommission des Kongresses in Nikosia traf eine Abordnung unter der Führung des Kommissionsvorsitzenden Lars O. Molin (Schweden, PPE/CCE), den Präsidenten der Republik Zypern, Nicos Anastasiadis. Er erinnerte daran, dass der Kongress bereit ist, seine Erfahrung für die Entwicklung der lokalen Demokratie in Zypern im Rahmen des Friedens- und Versöhnungsprozesses, der am 11. Februar wieder in Gang gebracht wurde, zur Verfügung zu stellen. Der zyprische Präsident bekräftigte erneut, er wolle die Regierung dabei unterstützen, die in Zusammenarbeit mit dem Europarat entwickelte Dezentralisierung und Stärkung der Gemeinden Zyperns weiter voranzutreiben. Jean-Claude Frécon (Frankreich, SOC) Vorsitzender der Kammer der Gemeinden, Andreas Kiefer, Generalsekretär des Kongresses, Irene Louizidou (EVP/CCE, Zypern), Mitglied des Kongresses und Alexis Galanos, Vorsitzender des Vereins der

Gemeinden Zyperns nahmen an der Begegnung teil. Die Abordnung führte auch ein Gespräch mit Constantinos Nicolades, Ständiger Sekretär des Innenministers und Vertretern des Ministeriums, beauftragt mit der lokalen Verwaltung des in Zypern durchgeführten Dezentralisierungsprogrammes, welches darauf abzielt, die Verantwortungen und Befugnisse der örtlichen Behörden zu verstärken.

- **Tagung der Jury des Kaiser Maximilian Preises (Innsbruck, 27. Februar 2014)**

Die aus Vertretern der Stadt Innsbruck und des Landes Tirol sowie des Kongresses, des Ausschusses der Regionen, der Versammlung der Regionen und dem Rat der Gemeinden oder Regionen Europas bestehende Jury hat beschlossen, den Kaiser Maximilian Preis 2014 an den Kongresspräsidenten Herwig van Staa (Österreich, PPE/CCE) zu vergeben für seine Aktion zugunsten der Förderung der lokalen und regionalen Demokratie in Europa, insbesondere der grenzüberschreitenden und interregionalen Zusammenarbeit, der Gouvernance auf mehreren Ebenen und der regionalen Selbstverwaltung. Die Feier zur Überreichung des Preises fand am 8. Mai 2014 statt. Der im Jahre 1997 von der Stadt Innsbruck und dem Land Tirol geschaffene Maximilian Preis wird Persönlichkeiten oder Institutionen für ihre Realisierungen in der lokalen und regionalen Politik verliehen, insbesondere für Bemühungen um die Anwendung der Europäischen Charta der lokalen Selbstverwaltung durch die Mitgliedstaaten des Europarates. Im Jahre 2013 wurde er Karl-Heinz Lambertz (Belgien, SOC), Ministerpräsident der deutschsprachigen Gemeinschaft von Belgien, verliehen.

- **Erscheinen der Sonderausgabe zum 20. Jahrestag des Kongresses und des Magazins «Stand des Kongresses 2013 » (Straßburg, 25. März 2014)**

Das Jahresmagazin « Stand des Kongresses 2013 » ist zur Eröffnung der Sitzung im März erschienen. Es präsentiert die Hauptaktivitäten des Kongresses im Jahre 2013, unter anderem die Umsetzung der Europäischen Charta der lokalen Selbstverwaltung, die Beobachtung der lokalen und regionalen Wahlen, aber auch die Kooperationsprogramme. Es werden aktuelle Fragen angesprochen, insbesondere die Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise auf die Städte und Regionen oder die Integration der Roma auf lokaler Ebene. Außerdem wurde eine Sonderausgabe zum 20. Jahrestag des Kongresses herausgebracht. Sie beinhaltet unter anderem ein imaginäres « posthumes » Gespräch mit Jacques Chaban-Delmas, dem ersten Präsidenten der Europäischen Konferenz der Gemeinden und Regionen, Vorgängerin des Kongresses und die Rede, die er am 12. Januar 1957 zur Eröffnung der ersten Plenartagung hielt. Ehemalige Präsidenten des Kongresses leisteten ebenfalls ihren Beitrag zu dieser Ausgabe, indem sie über ihre Erfahrungen und die wesentlichen Realisierungen des Kongresses unter ihrem Vorsitz berichteten.

b. Ukraine

- **Annahme eines Entschließungsentwurfs durch den Monitoring-Ausschuss (Nikosia, 19. Februar 2014)**

Der Monitoring-Ausschusses des Kongresses brachte in seiner Versammlung seine tiefe Besorgnis in Bezug auf die Eskalation der Gewalt in der Ukraine zum Ausdruck. In einem Entschließungsentwurf, der in der März-Sitzung des Kongresses diskutiert werden soll, unterstützt der Ausschuss die Initiative des Generalsekretärs des Europarates, eine Beratungsgruppe zu gründen, die mit der Untersuchung der Ausschreitungen im Zusammenhang mit den Massenprotesten in Kiew beauftragt werden soll, infolge der Nichtratifizierung des Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union durch die Ukraine. Der Ausschuss vertritt die Meinung, dass nur ein echter und sofortiger Dialog zwischen sämtlichen politischen Kräften der Ukraine dazu beitragen kann, dieses Land aus seiner schweren Krise zu befreien. Er richtet einen Appell an alle Parteien, sich jeglicher Form der Gewalt zu enthalten und die Bedingungen für einen politischen Dialog auf allen Ebenen zu schaffen, der unverzüglich zu einer Verfassungs- und Verwaltungsreform führen muss, um dem Land politische und administrative Institutionen zu geben, die einen breiten Konsens finden und den Prinzipien der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung und den vom Kongress im Oktober 2013 angenommenen Empfehlungen entsprechen.

- **Besuch des Präsidenten des Ukrainischen Weltkongresses (Straßburg, 24. Februar 2014)**

Die Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen dem Kongress der Gemeinden und Regionen und dem Ukrainischen Weltkongress (CKY) waren Gegenstand von Diskussionen zwischen dem Generalsekretär des Kongresses, Andreas Kiefer, und dem Präsidenten der CKY, Eugene Czolij. Der Ukrainische Weltkongress ist das internationale Organ, das die ukrainischen Gemeinden der Diaspora vertritt, d. h. 20 Millionen Ukrainer. Er setzt sich für die europäische Integration der Ukraine ein und beteiligte sich unter anderem an bedeutenden Wahlbeobachtungen in diesem Land, die aus nichtstaatlichen Mitteln finanziert wurden. Mit dem Ziel, die Demokratie in der Ukraine zu stärken, könnten der Kongress und der CKY unter anderem im Rahmen von Aktivitäten in Bezug auf die bevorstehenden Gemeindewahlen zusammenarbeiten.

- **Erklärung des Kongresspräsidenten zum Vorschlag eines Referendums auf der Krim (16. März 2014)**

Als Reaktion auf die Ankündigung eines Referendums auf der Krim am 16. März in Bezug auf den Beitritt zur Russischen Föderation erklärte der Kongresspräsident, Herwig van Staa, folgendes : "Ich kann diese Initiative nur bedauern und verurteile die Abhaltung eines Referendums innerhalb so kurzer Frist, mit Hilfe von geschlossenen Fragen, ohne Konsultation der nationalen Behörden und unter Anwesenheit von nicht autorisierten Streitkräften als flagrante Verletzung des internationalen Rechts. Es handelt sich um die Parodie eines demokratischen Prozesses. Ein derartiges Referendum würde einen schweren Rückschritt für die demokratische Entwicklung dieser Region darstellen. Als Präsident des Kongresses, einer paneuropäischen Versammlung von lokalen und regionalen Volksvertretern, lege ich großen Wert auf den Fortschritt der regionalen Selbstverwaltung in unseren Mitgliedstaaten. In seiner Empfehlung von 2013 an das Ministerkomitee des Europarates in Bezug auf die Regionen und Gebiete mit Sonderstatus in Europa ruft der Kongress die Mitgliedstaaten auf, das Modell des Sonderstatus mehr zu nutzen, um den speziellen Bedingungen der Regionen mit besonderen historischen und kulturellen Eigenschaften, für das die Krim ein ausgezeichnetes Beispiel ist, zu entsprechen. Ich möchte hervorheben, dass die Krim in der Ukraine bereits über einen Sonderstatus der Autonomie verfügt. Sollte die Bevölkerung es wünschen, diese Autonomie zu stärken oder zu erweitern, würde der juristische Rahmen der Republik Ukraine es ermöglichen, die relevanten Verfassungsparagraphen zu überarbeiten. Der Kongress ist bereit, für derartige Initiativen seine Unterstützung und Beratung zur Verfügung zu stellen. "

- **Annahme einer Erklärung des Kongresses über die Lage in der Ukraine (Straßburg, 25. März 2014)**

Der zur Plenarsitzung versammelte Kongress nahm diese Erklärung am Ende einer Dringlichkeitsdebatte über die Lage in der Ukraine an. Die von Marc Cools, (Belgien, ILDG) vorgelegte Erklärung erinnert daran, dass der Kongress «in Ermangelung der minimalen demokratischen Garantien, die bei jeder Wahl gewährleistet werden müssen, die Gültigkeit des am 16 März organisierten Referendums nicht anerkennt. Diese Pseudo-Befragung darf auf keinen Fall den Weg zu einer Änderung der Grenzen zwischen Russland und der Ukraine ebnen.» Der Kongress erklärt sich bereit, eine Delegation in die Ukraine, einschließlich die Region der Krim zu entsenden, um die Lage zu untersuchen. Außerdem hält er sich zur Verfügung der ukrainischen Behörden, um an einer Beobachtungsmission der lokalen Wahlen teilzunehmen, die am 25. Mai stattfinden. Das Kongresspräsidium hatte am Vortage seinen Willen kundgetan, den Dialog mit Russland aufrecht zu erhalten, um die gegenwärtige Krise zu lösen (siehe Anhang 2).

- **Meinungsaustausch des Kongresses mit der Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung (Straßburg, 26. März 2014)**

Die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Anne Brasseur, erklärte in der 26. Tagung des Kongresses am 26. März 2014 folgendes : « Die Krise in der Ukraine ist eine große Herausforderung für Europa und für unsere Organisation. Angesichts dieser Herausforderung müssen die drei Hauptorgane des Europarates – das Ministerkomitee, die Parlamentarische Versammlung und der Kongress – mit einer einzigen Stimme sprechen». (siehe 3.b. Plenarsitzungen)

c. Die Vorsitze des Ministerkomitees

Österreichischer Vorsitz des Ministerkomitees (November 2013 – Mai 2014)

- **Konferenz über “Die Integrationspolitik auf lokaler und regionaler Ebene” (Graz, 4. Dezember 2013)**

Der Generalsekretär des Kongresses eröffnete diese Konferenz, die gemeinsam mit dem Bundesinnenminister und dem Institut der Regionen Europas organisiert wurde. Er hob hervor, dass « immer häufiger mindestens 30 % der Anwohner einer Gemeinde einen Migrationshintergrund haben. Diese Personen sind aufgrund ihres wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Beitrags eine wichtige Kraft geworden. Die wahre Herausforderung besteht heute darin, Lösungen zu finden, damit diese Vielfalt der gesamten Gemeinschaft zugute kommt. »

- **Symposium «Städte und Regionen als Grundlage der modernen Zivilgesellschaft» (Salzburg, 7. Februar 2014)**

Die gemeinsam mit dem Land Salzburg, dem österreichischen Gemeindebund und der Universität von Salzburg organisierte Konferenz wurde vom Präsidenten des Kongresses eröffnet, der die maßgebliche Rolle der Gemeinden und Regionen bei der Verbesserung der Teilhabe der Bürger an den demokratischen Prozessen und der Förderung der Zivilgesellschaft hervorhob. Der Vize-Präsident des Kongresses, Anders Knappe (Schweden, PPE/CCE), hob drei wesentliche Bereiche für die Teilhabe der Bürger an den Entscheidungsprozessen hervor: die Benutzung von bürgernahen Werkzeugen wie Plakatkampagnen, spezifische Textbotschaften und Webseiten, Öffnung und Transparenz der demokratischen Prozesse und Entwicklung eines Dialogs über komplexe Fragen, der zur Ausarbeitung von gemeinsamen Antworten der Bürger und der Volksvertreter führt. Gudrun Mosler-Törnström (Österreich, SOC), Vize-Präsidentin des Regionalrates von Salzburg und österreichische Delegationsleiterin des Kongresses unterstrich, dass in ganz Europa die Reaktion auf diese Entwicklungen darin besteht, neue Formen der Teilhabe einzuführen, die den Aktivismus fördern, die Toleranz stärken und die Politik neu beleben. Dieses Symposium vereinte Teilnehmer aus verschiedenen Bereichen der Politik, der Wissenschaften, der öffentlichen Verwaltung und der Medien.

- **Symposium über die 20 Jahre des Kongresses und des Ausschusses der Regionen (Innsbruck, 27. Februar 2014)**

Die vom Kongress und dem Land Tirol, der Universität Innsbruck und dem österreichischen Institut für Föderalismus gemeinsam organisierte Konferenz zum Thema: « 20 Jahre Kongress und Ausschuss der Regionen – Die Vertretung der Regionen und Städte im Europarat und in der Europäischen Union » gab den Teilnehmern, bestehend aus Experten, Akademikern, Vertretern von internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft, Gelegenheit, eine Bilanz über die Situation der Dezentralisierung in Europa zu ziehen. Präsident van Staa erklärte: « Wir können uns nicht davor verstecken, dass die Dezentralisierung – die lokale und regionale Demokratie - an einem Scheideweg angelangt ist, denn es lasten immer größere Bedrohungen auf dem demokratischen Modell Europas. » Er hob hervor, dass « die Gemeinden und Regionen in der ersten Reihe stehen, um diesen Bedrohungen entgegen zu treten. Damit dies gelingt, müssen wir darum bemüht sein, eine Kultur der dezentralisierten Demokratie in Europa einzuführen. » Der Generalsekretär des Kongresses, Andreas Kiefer, erinnerte daran, dass « die Herausforderung darin besteht, den in den letzten 20 Jahren erarbeiteten juristischen Rahmen in die Praxis umzusetzen. Man kann die heutigen Probleme nicht mit gestrigen Lösungen und auch nicht mit ausschließlich theoretischen Ansätzen lösen. »

- **Konferenz « Die Investition in die Bildung der Jugend ist wesentlich » (Klagenfurt, 31. März 2014)**

Die vom Kongress und dem Land Kärnten im Rahmen des österreichischen Vorsitzes gemeinsam organisierte Konferenz wurde vom Präsidenten des Kongresses eröffnet, unter Beteiligung von Mara Juzupa (Lettland, ILDG) und Barbara Toce (Italien, SOC) welche die in ihrem Land umgesetzten Projekte « Die Garantie Jugend » und « Sagt Ja zur Jugend » präsentierten. Die Konferenz hatte zum Ziel, einen Austausch der Erfahrungen in der Bildungs- und Beschäftigungspolitik, insbesondere auf lokaler Ebene zu ermöglichen. Mara Juzupa erläuterte ausführlich die Initiativen, die in Lettland von der staatlichen Agentur für Arbeit in diesem Bereich in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Regionen mit Unterstützung der Europäischen Union koordiniert werden. Barbara Toce präsentierte die Maßnahmen, die in der Toskana umgesetzt wurden, um den Zugang der Jugendlichen zum Arbeitsmarkt, insbesondere die Einführung von subventionierten Arbeitsplätzen und die Unterstützung der Unternehmer bei der Einstellung von Jugendlichen.

2. Zusammenarbeit innerhalb des Europarates

a. Der zwischenstaatliche Sektor

i. Das Ministerkomitee

Im Rahmen des regelmäßigen Dialogs mit dem Ministerkomitee führen der Präsident des Kongresses und sein Generalsekretär mehrmals jährlich einen Gedankenaustausch mit den Delegierten und nehmen an den Ministertagungen teil.

In seiner Mitteilung vom 11. Dezember 2013 stellte Andreas Kiefer die Tätigkeiten des Kongresses seit April 2013 vor, die unter anderem die in der 26. Tagung angenommenen Debatten und Texte, mehrere Besuche in den Mitgliedstaaten, Beobachtungsmissionen von lokalen Wahlen sowie themenspezifische Tätigkeiten und Kooperationsprogramme betrafen.

Der Kongress ist durch den Generalsekretär oder das Sekretariat des Kongresses in den Berichterstattergruppen des Ministerkomitees wie GR-DEM, GR-EXT, GR-H und GR-SOC vertreten.

Er ist in den Lenkungsausschüssen und den Expertenausschüssen des Europarates – insbesondere dem Lenkungsausschuss für Menschenrechte (CDDH), dem Europäischen Lenkungsausschuss für Jugend (CDEJ), dem Lenkungsausschuss für Kulturelle Vielfalt und Interkulturellen Dialog (CDDI), dem Europäischen Ausschuss für Sozialen Zusammenhalt (CDCS), dem Ad Hoc Expertenausschuss für Roma-Fragen (CAHROM) und der Fachgruppe für eine Kindgerechte Justiz (CJ-S-CH) – durch seine themenspezifischen Berichterstatter oder sein Sekretariat vertreten.

ii. Aktionspläne

In enger Zusammenarbeit mit dem Expertenausschuss für die Reform der lokalen Demokratie der Generaldirektion 2 des Europarates nahm der Kongress Projekte über lokale und regionale Demokratie in die Aktionspläne des Europarats für Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien-Herzegowina, Georgien, Moldava, Russland und die Ukraine sowie Aktivitäten für Weißrussland und den Kosovo auf ¹.

Er trägt außerdem zur neuen Politik des Europarates über Nachbarregionen bei und hat Beziehungen zu Marokko und Tunesien aufgenommen (siehe 6. Die Kooperationsprogramme).

iii. Sekretariat der Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Der Kongress organisierte am 10. Dezember in Paris mit dem Sekretariat der Charta ein Seminar über « Die Regional- oder Minderheitensprachen in Europa heute » (siehe 5.e. Themenspezifische Tätigkeiten).

Dieses Seminar ist ein gutes Beispiel für die Synergie und Zusammenarbeit zwischen dem Kongress und dem zwischenstaatlichen Sektor des Europarates.

b. Die Parlamentarische Versammlung

Der Kongress führt einen regelmäßigen Austausch mit der Parlamentarischen Versammlung, um Synergien zu entwickeln und die Zusammenarbeit auf Ebene der jeweiligen Sekretariate und Berichterstatter in den gemeinsamen Interessensbereichen, insbesondere im Rahmen des Monitoring und der Umsetzung der Kampagne EINS von FÜNF zu fördern.

¹ * Jeder Verweis auf den Kosovo in diesem Text, egal ob das Gebiet, die Institutionen oder die Bevölkerung gemeint sind, ist im Einklang mit Entschließung 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und ohne Wertung des Status des Kosovo zu sehen*.

Der Präsident des Kongresses und die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung, Anne Brasseur, führten im Laufe der 26. Tagung des Kongresses ein bilaterales Gespräch. Sie diskutierten über die Situation in der Ukraine und unterstrichen ihren Willen, die Arbeitsbeziehungen zwischen den beiden Versammlungen, insbesondere im Bereich Monitoring, zu institutionalisieren. Außerdem äußerte sich Frau Brasseur während der Tagung vor den Kongressmitgliedern (siehe C. Die Tätigkeiten der Organe des Kongresses).

c. Der Menschenrechtskommissar

Der Menschenrechtskommissar verfolgt aufmerksam die Arbeiten des Kongresses zur Umsetzung der Menschenrechte auf lokaler Ebene und die Sensibilisierung der kommunal und regional gewählten Vertreter in diesem Zusammenhang.

Kommissar Nils Muižnieks leistete einen Beitrag zum dritten Bericht des Monitoring-Ausschusses über die Erfahrungen zur Umsetzung der Menschenrechte auf lokaler und regionaler Ebene in den Mitgliedstaaten des Europarates und auf anderen Kontinenten, indem er eine Mitteilung über das Projekt veröffentlichte. Der Bericht wurde in der 26. Tagung in einer Debatte veröffentlicht, an der sich der Kommissar beteiligte. In seiner Mitteilung vom 25. März präzisierte Nils Muižnieks, dass die Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte zwischen den Behörden auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene geteilt werden, was eine enge Zusammenarbeit und Koordination voraussetzt. Er hob hervor, dass die Gemeinden und Regionen darauf achten können, dass die Menschenrechte ihrer Bürger nicht nur eingehalten sondern auch umgesetzt werden.

d. Die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedigkommission)

Der Kongress unterhält eine enge Zusammenarbeit mit der Venedigkommission, insbesondere in den Bereichen Wahlbeobachtung, Monitoring der Europäischen Charta für lokale Selbstverwaltung und Kooperationsprogramm mit den Nachbarregionen.

Die Zusammenarbeit zwischen der Venedigkommission, dem Kongress und der Parlamentarischen Versammlung im Wahlbereich findet vorwiegend über den Rat für Demokratische Wahlen (CED) statt. Die Grundsätze, die im Kodex der guten Praktiken in Wahllangelegenheiten zu finden sind, der vom CDE verfasst wurde, werden in den Berichten und Empfehlungen des Kongresses über Wahllangelegenheiten berücksichtigt. Lars O. Molin (Schweden, EVP/CCE), Vorsitzender des Monitoring-Ausschusses des Kongresses, und Gudrun Mosler-Törnström (Österreich, SOZ), sind die institutionellen Vertreter des Kongresses beim CED.

Der Kongress hat des weiteren seine Zusammenarbeit mit der Venedigkommission über Fragen der lokalen und regionalen Demokratie verstärkt. Darüber hinaus werden seine Stellungnahmen von den Berichterstatern des Kongresses bei ihren Besuchen und in den Empfehlungen des Kongresses berücksichtigt. Außerdem vertritt Herr Molin (Schweden, EVP/CCE), Vorsitzender des Monitoring-Ausschusses, regelmäßig den Kongress bei Versammlungen der Kommission.

Die institutionellen Kooperationsmaßnahmen des Kongresses mit Marokko und Tunesien werden in enger Zusammenarbeit mit der Venedigkommission durchgeführt (siehe 6.b. Kooperationsmaßnahmen und Außenbeziehungen).

e. Der Sondervertreter des Generalsekretärs für die Integration der Roma

Seit dem Gipfeltreffen der Bürgermeister über die Roma im September 2011 arbeitete der Kongress in enger Zusammenarbeit mit dem Sondervertreter, um einen Rahmen der Zusammenarbeit und des Austausches für die Städte und Regionen zu erstellen, die eine Politik zur Inklusion der Roma in die Wege leiten möchten, die Europäische Allianz der Städte und Regionen zur Inklusion der Roma. Der Kongress und der Sondervertreter riefen Ende 2013 mit der finanziellen Unterstützung der Europäischen Kommission das Programm ROMACT ins Leben (siehe 5. Themenspezifische Aktivitäten).

3. Aktivitäten der Organe des Kongresses

a. Präsidium

- **Straßburg, 10. Februar 2014**

Anlässlich seiner ersten Jahresversammlung führte das Präsidium des Kongresses Gespräche mit der Botschafterin Ellen Berends, Vorsitzende der Berichterstattergruppe über Demokratie (GR -DEM) des Ministerkomitees. Es beschloss, der Aufforderung von Botschafterin Berends zu folgen, der GR-DEM den Bericht über die wiederholten Fragen in Bezug auf die Anwendung der Charta der lokalen Selbstverwaltung und der Wahlbeobachtung vorzulegen und einmal im Jahr dem Vorsitz der GR-DEM eine Einladung zu einem Treffen mit dem Präsidium zu senden, um den Dialog mit dem Ministerkomitee zu verstärken und vom Generalsekretär des Kongresses regelmäßige Informationen über die laufenden Diskussionen der GR-DEM zu erhalten .

Das Präsidium untersuchte auch die Situation von Leyla Güven infolge des Besuchs von zwei Berichterstattern des Kongresses, Anders Knappe (Schweden, EVP/CCE) und Leen Verbeek (Niederlande, SOC), im Gefängnis, in dem sie inhaftiert ist. Die Mitglieder befassten sich mit der lokalen und regionalen Demokratie in mehreren Ländern, unter anderem in der Ukraine und in Georgien und mit der Situation der Regional- oder Minderheitensprachen in Europa. Die weiteren Punkte der Tagesordnung betrafen die 26. Tagung, die Tätigkeiten der Kongressausschüsse, die Beobachtung der lokalen und regionalen Wahlen, die Nachbarschaftspolitik, die Revision der Charta und die Kongressordnung sowie eine aktualisierte Information über die Arbeit des Kongresses im Bereich der Zusammenarbeit und über die Fragen zu den Roma.

- **Straßburg, 25. und 27. März 2014**

Das Präsidium führte eine Debatte und genehmigte einen Erklärungsentwurf über die Situation in der Ukraine. Es beschloss, dem Programm der Tagung am 25. März eine Dringlichkeitsdebatte über die Ukraine hinzuzufügen und diesen Erklärungsentwurf den Kongressmitgliedern zur Abstimmung vorzulegen. Angesichts der Stellungnahmen der politischen Instanzen des Europarates (Ministerkomitee, PACE und Venedigkommission), wurde beschlossen, in Russland nur Versammlungen abzuhalten, die der Suche nach einer politischen Lösung der Lage gewidmet sind und infolgedessen die Sitzungen des Monitoring-Ausschusses und des Ausschusses für aktuelle Angelegenheiten, die in Ulianovsk und in Kazan (Russische Föderation) vorgesehen waren, in einem anderen Mitgliedstaat abzuhalten. Das Präsidium untersuchte des weiteren einen Text der Vize-Präsidentin Svetlana Orlova (Russische Föderation, EVP/CCE), der den Standpunkt der russischen Delegation darlegte und nahm den Antrag von Nataliya Romanova(Ukraine, ILDG), Vorsitzende der Kammer der Regionen, zur Kenntnis, die die Entsendung einer Abordnung des Kongresses zu einer Informationsmission in die Ukraine, einschließlich Krim, wünschte, um die Umsetzung der Empfehlungen des Kongresses zu analysieren. Frau Romanova schlug außerdem dem Kongress vor, die lokalen Wahlen in der Ukraine am 25. Mai 2014 zu beobachten, was das Präsidium unter dem Vorbehalt des Empfangs einer förmlichen Einladung genehmigte.

Das Präsidium wurde vom Präsidenten der Kammer der Gemeinden, Jean-Claude Frécon (Frankreich, SOC) darüber informiert, dass ein Seminar über die Europäische Charta der lokalen Selbstverwaltung im 2. Halbjahr 2014 in Weißrussland stattfinden könnte. Er beglückwünschte die Einladung der türkischen Behörden zur Beobachtung der lokalen Wahlen am 30. März 2014 und bedauerte, dass er dieser nicht nachkommen konnte, da die Fristen zur Organisation der Beobachtung unter guten Bedingungen zu kurz waren. Er nahm Kenntnis von den neuesten Tätigkeiten der Europäischen Allianz der Städte und Regionen für die Inklusion von Roma und billigte das Thema der Ausgabe 2014 der Europäischen Woche der lokalen Demokratie, das da lautet : « Partizipative Demokratie : teilen, vorschlagen, entscheiden ».

b. Die Plenartagungen

- **26. Tagung (Straßburg, 25. – 27. März 2014)**

Der Kongress hat beschlossen, seine beiden Jahrestagungen in 2014 (März und Oktober) dem Thema « Der Platz der Jugend in der Gesellschaft : eine geteilte Verantwortung der Städte und Regionen » zu widmen. Das Ziel besteht darin, ein Forum des Austausches zwischen den europäischen Volksvertretern über die Beteiligung der Jugend als Akteure der lokalen und regionalen Demokratie vorzuschlagen. So wurden vom 25. bis 27. März 2014 mehrere Debatten zu den Themen Jugend und Menschenrechte organisiert, d.h. « Welcher Platz für die Jugend in der lokalen und regionalen Demokratie », « Förderung der Jugendbeschäftigung durch Erziehung und Bildung : Rolle und gute Praktiken in den Regionen Europas », « Umsetzung der Politik der Menschenrechte auf regionaler Ebene », « Den jungen Roma Mittel zur Handlung durch Teilhabe verschaffen : wirksame Politik auf lokaler und regionaler Ebene » und « Teilhabe der Jugend – Wahlrecht mit 16 Jahren ? ».

Ein Bericht über die guten Praktiken zur Umsetzung der Menschenrechte auf lokaler und regionaler Ebene wurde verabschiedet. In seiner EntschlieÙung schlägt der Kongress die Organisation eines Forums über Menschenrechte mit der Beteiligung von lokalen und regionalen Volksvertretern und Experten vor, um den Austausch von Erfahrungen zu erleichtern. Er fordert außerdem seinen Monitoring-Ausschuss auf, seine Sensibilisierungstätigkeiten im Bereich der Menschenrechte fortzusetzen, insbesondere anlässlich seiner Monitoring-Besuche in den Mitgliedstaaten des Europarates.

In weiteren Debatten der Tagung wurde die Lage der territorialen Demokratie in Armenien, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich und in Schweden diskutiert, ebenso wie die Ergebnisse des Post-Monitoring-Dialogs in Bosnien-Herzegowina.

Außerdem fand am 25. März einer Feier zum 20. Jahrestag der Gründung des Kongresses im Jahre 1994 statt, die auf das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Wien 1993 folgte. Die Rede von Jacques Chaban-Delmas, dem ersten Präsidenten der Europäischen Konferenz der Gemeinden, der Vorgängerin des Kongresses, die er am 12. Januar 1957 anlässlich der Eröffnung der ersten Sitzung der Konferenz hielt, wurde im Sitzungssaal ausgestrahlt. Ehemalige Kongresspräsidenten beteiligten sich ebenso wie Vertreter der wichtigsten institutionellen Partner des Kongresses wie der Ausschuss der Regionen, die Versammlung der Regionen Europas (VRE) und der Rat der Gemeinden und Regionen Europas.

Am 25. März hielt der Kongress eine Dringlichkeitsdebatte über die Situation in der Ukraine und auf der Krim und nahm eine von Marc Cools, (Belgien, ILDG) vorgetragene Erklärung an. Der Kongress erinnert in diesem Text daran, dass er « in Ermangelung der minimalen demokratischen Garantien, die bei jeder Wahl gewährleistet werden müssen, die Gültigkeit des am 16 März organisierten Referendums nicht anerkennt. Diese Pseudo-Befragung darf auf keinen Fall den Weg zu einer Änderung der Grenzen zwischen Russland und der Ukraine ebnen. Der Kongress verurteilt also die Annexion der Krim und von Sewastopol durch Russland als Verletzung des internationalen Rechts. » Außerdem erklärt sich der Kongress bereit, eine Delegation in die Ukraine, einschließlich der Krim, zu entsenden, um die Lage zu untersuchen. Er steht den ukrainischen Behörden zur Verfügung, um an einer Beobachtungsmission der lokalen Wahlen teilzunehmen, die am 25. Mai dieses Jahres stattfinden.

In der Sitzung wurde außerdem ein Bericht über die Situation von Leyla Güven und anderen lokalen Volksvertretern angenommen, die in der Türkei inhaftiert sind. Die Berichtstatter Anders Knappe, (Schweden, EVP/CCE) und Leen Verbeek, (Niederlande, SOC) erinnerten daran, dass 15 Bürgermeister, 23 stellvertretende Bürgermeister und Dutzende von Gemeinderäten sich seit Jahren in Untersuchungshaft befinden – eine nie dagewesene Situation in den Mitgliedstaaten des Europarates. Die türkischen Behörden wurden aufgefordert, Leyla Güven und alle türkischen Volksvertreter, die sich in einer ähnlichen Situation befinden, freizulassen.

Außerdem wurde eine Strategie über das Recht auf Konsultation der Gemeinden durch die anderen Regierungsinstanzen angenommen. Diese vom Berichtstatter Anders Knappe (Schweden, EVP/CCE), vorgestellte Strategie basiert auf mehreren Aktivitäten : der Ausarbeitung von Richtlinien

für die nationalen Vereinigungen der Gemeinden und Regionen, die Ausdehnung der Anwendung der Artikel der Europäischen Charta für lokale Selbstverwaltung auf alle Mitgliedstaaten, die Bewertung der nationalen Wahlverfahren und die Datensammlung bis Ende 2015 bei den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Vorbereitung eines Berichtes für 2016.

Andrä Rupprechter, österreichischer Minister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wandte sich an den Kongress im Namen der österreichischen Präsidentschaft im Europarat und erklärte, «es ist wesentlich, dass alle Regierungsinstanzen aufmerksam und sofern notwendig reaktiv sind, insbesondere, wenn das soziale Netz unseres Landes schweren Belastungen ausgesetzt ist, was angesichts unserer wirtschaftlichen Schwierigkeiten tatsächlich der Fall ist. Die Gemeinden und Behörden spielen in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle ». Er hob hervor, dass « das Ministerkomitee der Qualität der Demokratie und der Gouvernance auf bürgernaher Ebene besondere Aufmerksamkeit schenkt, ebenso wie der Umsetzung der Menschenrechtspolitik, auch auf lokaler und regionaler Ebene ».

Anne Brasseur, Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung, hob hervor, dass « die Krise in der Ukraine eine große Herausforderung für Europa und für unsere Organisation ist. Angesichts dieser Herausforderung müssen die drei Hauptorgane des Europarates – das Ministerkomitee, die Parlamentarische Versammlung und der Kongress – mit einer einzigen Stimme sprechen ». Sie verurteilte das auf der Krim organisierte Referendum als Verletzung der ukrainischen Verfassung, ebenso wie die Annektion dieses Gebiets durch die Russische Föderation. Was den Platz der Jugend in der Gesellschaft anbetrifft – das Jahresthema der Kongresstagungen – so unterstrich Frau Brasseur die Notwendigkeit, Mechanismen zu schaffen, die es den Jugendlichen erlauben, aktiv am täglichen Leben der Städte und Gemeinden teilzuhaben, in denen sie leben. Abschließend lobte sie die gute Zusammenarbeit zwischen dem Kongress und der Parlamentarischen Versammlung.

Der Generalsekretär des Europarates, Thorbjørn Jagland, erklärte, dass die Krise in der Ukraine eine der schlimmsten Krisen in Europa seit dem zweiten Weltkrieg sei und sie eine Bedrohung für die Paneuropa-Union darstelle. « Die Zukunft der Ukraine hängt von unserer Fähigkeit ab, die Demokratie zu konsolidieren. Es waren die Schwächung des Rechtsstaates und der Menschenrechte, die zur Krise in der Ukraine führten. Der Schutz dieser beiden Pfeiler ist ein wesentlicher Aspekt der Sicherheit in Europa » erklärte er und hob die Rolle hervor, die die Gemeinden und Regionen spielen müssen, indem sie die Bürger, insbesondere die Jugend, in den demokratischen Prozess einbeziehen.

Zu den weiteren Persönlichkeiten, die zur 26. Tagung eingeladen waren, gehörten Ronald Plasterk, Minister für Inneres und Überseegebiete, Niederlande und Zoran Mikulić, Justizminister, Föderation von Bosnien-Herzegowina, Lejla Rešić, Ministerin für Verwaltung und kommunale Selbstverwaltung, Republika Srpska, sowie Hande Ozsan Bozatlı, Präsidentin der Versammlung der Regionen Europas (VRE), Nils Muiznieks, Menschenrechtskommissar des Europarates und Maryna Stavnyichuk, Beraterin des Präsidenten der Ukraine.

c. Die Kammern

• Die Kammer der Gemeinden

Die Kammer der Gemeinden begann ihre Sitzung mit der Untersuchung eines Berichtes über die lokale Demokratie in Armenien (siehe « Monitoring»). Die Kammer führte anschließend eine Debatte über folgendes Thema : " Die aktuelle Rolle des Ratsmitglieds " mit Beiträgen von René Dosière, Mitglied des französischen Parlaments, Michael Salomo, Bürgermeister von Haßmersheim, Deutschlands jüngster Bürgermeister und Marcel Boogers, Professor für Innovation und regionale Gouvernance an der Universität von Twente in den Niederlanden. Die Teilnehmer diskutierten über die Entwicklung der Rolle der lokalen Volksvertreter, angesichts des schwindenden Vertrauens in die Politiker und angesichts der Herausforderung der Teilhabe der Jugend am politischen Leben. Sie kamen zu dem Schluss, dass die lokalen Volksvertreter sich der vielschichtigen Aufgaben und der Entwicklung des lokalen politischen Lebens und der lokalen Gouvernance anpassen müssen, um weiterhin den politischen Prozess mitgestalten zu können.

Zur Frage der digitalen Medien und der städtischen Mobilisierung fand eine zweite Debatte unter Beteiligung von Kerem Öktem, Universität Sabanci in Istanbul, von Kristina Bedinskikh, Bloggerin der Unabhängigkeitsbewegung in Kiew und von Jan Hanrath, politischer Beobachter und Forscher am Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg in Deutschland statt. Die Debatte betraf die Änderungen, die im Ablauf der Protestbewegungen eingetreten sind, erleichtert durch die digitalen Medien, die eine schnelle Mobilisierung ermöglichen, was für die Regierungen eine ernsthafte Herausforderung darstellt. Obwohl zu definieren bleibt, wie die Protestbewegungen genutzt werden können, um die Qualität der Demokratie zu verbessern, führen sie zu strategischen Momenten in der politischen Entwicklung der betroffenen Länder, wodurch die Bevölkerung die Möglichkeit hat, die Notwendigkeit einer stärkeren und offeneren Demokratie zum Ausdruck zu bringen.

- **Die Kammer der Regionen**

Im Laufe der März-Sitzung führte die Kammer zwei themenspezifische Debatten. Eine Debatte zur «Jugendbeschäftigung mit Hilfe von Erziehung und Bildung » und eine Debatte über « die politische Umsetzung der Menschenrechte auf regionaler Ebene ». In beiden Debatten wurden Beispiele der Erfahrungen in der Umsetzung durch die Regionen vorgestellt. Die Erkenntnisse hieraus werden als Grundlage für die zukünftigen Arbeiten der Kammer dienen.

Die Kammer der Regionen verfolgte die politischen Entwicklungen auf regionaler Ebene in Europa, insbesondere die regionalen Wahlen und die territoriale Selbstverwaltung in den Mitgliedstaaten des Europarates (Katalonien, Schottland, Baskenland, Südtirol, Grönland, Gagausien, Voïwodina, Sardinien).

Im Laufe der 26. Tagung der Kammer stellte die Präsidentin, Nataliya Romanova (Ukraine, ILDG) einen Bericht über die Tätigkeiten der Kammer vor. Im Mittelpunkt der Tagung standen drei wesentliche Punkte : die Umsetzung des Kooperationsabkommens zwischen dem Kongress und der Versammlung der Regionen Europas (VRE); die Debatte «Förderung der Jugendbeschäftigung mit Hilfe von Erziehung und Bildung: die Rolle und die besten Praktiken der Regionen in Europa » und die Debatte «Politik der Umsetzung der Menschenrechte auf regionaler Ebene ». Urs Wüthrich – Pelloli (Schweiz, SOC), Mitglied des politischen Vorstandes der VRE, stellte den Aktionsplan vor, der das Kooperationsabkommen zwischen dem Kongress und der Versammlung der Regionen Europas umsetzt. (siehe 6.a. Kooperationsstätigkeiten und Außenbeziehungen).

Zur Debatte « Förderung der Jugendbeschäftigung mit Hilfe von Erziehung und Bildung » stellten die eingeladenen Teilnehmer Beispiele von guten Praktiken über die Art und Weise vor, wie die Regionen die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen. Luciano Vecchi (Italien, SOc), Mitglied des regionalen Parlaments von Emilia-Romagna (Italien), zog Bilanz aus der Debatte, indem er die Notwendigkeit hervorhob, « den jungen Generationen zuzuhören und sie an allen Entscheidungen teilhaben zu lassen, die ihre Zukunft und die Zukunft Europas betreffen ».

Leen Verbeek (Niederlande, SOZ), Königlicher Kommissar der Provinz Flevoland (Niederlande) zog Bilanz aus der Debatte « Die Politik der Umsetzung der Menschenrechte auf regionaler Ebene ». Er unterstrich die bedeutende Rolle, die die Regionen – angesichts ihrer Befugnisse in zahlreichen Mitgliedstaaten – in diesem Bereich spielen können. Die Kammer der Regionen entwickelt eine Aktion der Sensibilisierung auf diesem Gebiet.

d. Die Ausschüsse

- **Der Monitoring-Ausschuss**

Der Monitoring-Ausschuss versammelte sich am 16. Februar 2014 in Nikosia (Zypern). In dieser Versammlung billigte der Ausschuss die Vorentwürfe der Empfehlungen zur lokalen und regionalen Demokratie in Schweden, dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden und Armenien. Er verabschiedete einen Vorentwurf zur Entschließung und Empfehlung über das Post-Monitoring der lokalen und regionalen Demokratie in Bosnien-Herzegowina und über die guten Praktiken in den Mitgliedstaaten des Europarates im Bereich der Umsetzung der Menschenrechte auf lokaler und regionaler Ebene. Des weiteren führte der Ausschuss eine Debatte und nahm einen Entschließungsentwurf über die Situation in der Ukraine an. Nach Anhörung von Tengiz Shergelashvili, stellvertretender Premierminister Georgiens, zuständig für regionale Entwicklung und

Infrastrukturen und des ehemaligen Bürgermeisters von Tbilissi, Vorsitzender der georgischen Abordnung beim Kongress, George Ugulava, der ebenfalls eine Bilanz über die Lage zog, einschließlich seiner Abberufung aus dem Amt als Bürgermeister von Tbilissi, war die Situation der lokalen und regionalen Demokratie in Georgien Gegenstand einer Diskussion über die laufende Reform und das kürzlich verabschiedete Gesetz über lokale Selbstverwaltung.

Der Ausschuss versammelte sich auch am 25. März 2014 am Rande der Kongresstagung und konzentrierte die meisten Diskussionen auf die Situation in der Ukraine und die Beobachtung der lokalen und regionalen Wahlen.

- **Der Gouvernance-Ausschuss**

In seiner Sitzung in Straßburg am 25. März 2014 billigte der Gouvernance-Ausschuss einen Berichtsvorentwurf, eine Entschließung und eine Empfehlung über die interregionale Zusammenarbeit. Diese Texte werden dem Kongress zur Verabschiedung in seiner 27. Plenarsitzung im Oktober 2014 vorgelegt.

Der Ausschuss wurde über die laufenden Arbeiten zu den Arbeitsbedingungen der lokalen Volksvertreter und zu den Tendenzen im Bereich der Regionalisierung der Mitgliedstaaten informiert. Er beschloss, dass die nächsten Berichte sich mit den neuen Formen der lokalen Gouvernance und mit den Großstadtbereichen befassen.

Der Vorsitzende informierte den Ausschuss über die bevorstehende Versammlung des neu gegründeten zwischenstaatlichen Ausschusses für Demokratie und Gouvernance sowie über die Arbeiten der Parlamentarischen Versammlung über Internet und die Politik.

Am 27. März veranstaltete der Ausschuss ein Seminar über « die Förderung der Demokratie mit Hilfe der E-Medien », das sich auf drei Debatten konzentrierte : « Offener Datenraum, ein Transparenz-Werkzeug für die lokalen Gebietskörperschaften », « Webanwendungen für Wähler » und « Die online-Demokratie und die offline-Demokratie miteinander kombinieren ». Die Diskussionen des Seminars werden als Grundlage für einen zukünftigen Bericht über die elektronische Demokratie dienen.

- **Der Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten**

Der Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten organisierte Besuche in drei Ländern für den themenspezifischen Sprecher des Kongresses für Kinder, Johan van den Hout (Niederlande, SOZ): im Vereinigten Königreich Anfang Dezember 2013, in Belgien im Januar 2014 und in Österreich im April 2014. Ziel dieser Besuche war es, den Pakt der Städte und Regionen des Kongresses gegen sexuelle Gewalt gegenüber Kindern, der den Beitrag des Kongresses zur Kampagne ONE in FIVE des Europarates bildet, zu fördern. Mehrere Städte zeigten ihr Engagement für den Pakt und für Fragestellungen zum Paktbeitritt in ihren Gemeinderäten, während der stellvertretende Bürgermeister von Liverpool den Pakt direkt anlässlich des Besuches unterzeichnete. Weitere Besuche dieser Art sind im September-Oktober in der tschechischen Republik und in Deutschland vorgesehen. Gegenwärtig haben bereits 32 Städte, Regionen und Organisationen den Pakt, der in 22 Sprachen übersetzt wurde, unterzeichnet.

Der Ausschuss hielt seine ordentliche Sitzung am 25. März 2014 in Straßburg ab, anlässlich der 26. Tagung des Kongresses. Er untersuchte den Fortschritt der Vorbereitungen zu seinen Berichten über die Entwicklung der Wahrnehmung der kulturellen Vielfalt im Rahmen der interkulturellen Bildungs- und Kommunikationsstrategien, über die Förderung der Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen und deren Teilhabe auf lokaler und regionaler Ebene, über die Förderung der Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft und zur Situation der regionalen Medien. Der Ausschuss wurde außerdem zu den Vorbereitungen der Konferenz über die Teilhabe der Jugendlichen informiert, die am 12. Juni 2014, nach dem Treffen des Ausschusses am 11. Juni stattfindet.

Die Ausschussmitglieder beteiligten sich aktiv an mehreren Veranstaltungen in Österreich im Rahmen der österreichischen Vorsitze im Ministerkomitee, unter anderem am Symposium über « die Gemeinden und Regionen als Grundstein der modernen Zivilgesellschaft » (Salzburg, 7. Februar), an der Konferenz zum Thema « Bildung als wichtigste Investition in unsere Jugend » (Klagenfurt 31. März – 1. April) und das internationale Symposium über Menschenrechte und Menschen mit Behinderungen (Wien, 10. - 11. April).

4. Monitoring der Gemeinde- und Regionaldemokratie

a. Monitoring-Tätigkeiten

i. Die Monitoring-Missionen

- **Belgien (4. - 6. Februar 2014)**

Anlässlich des zweiten Teils des Monitoring-Besuches in Belgien vom 4. bis 6. Februar 2014, untersuchten die Berichtersteller des Kongresses, Henrik Hammar (Schweden, EVP/CCE) und Urs Wüthrich-Pelloli (Schweiz, SOC) die Folgen, die den Verpflichtungen Belgiens anlässlich der Ratifizierung der Europäischen Charta der Selbstverwaltung in 2004 geleistet wurden, ebenso wie das Follow-up der 6. Staatsreform, die im Dezember 2013 von den beiden Kammern des belgischen Parlaments verabschiedet worden war. Die Delegation traf unter anderem Kris Peeters und Geert Bourgeois, den Ministerpräsidenten und den Stellvertretenden Ministerpräsidenten der flämischen Regierung sowie den Finanzminister Koen Geens, die Vertreter der wallonischen Regierung sowie Ombudsmänner der Gemeinschaften und Gemeinden, den Ersten Vorsitzenden des Staatsrates, Roger Stevens, den Ministerpräsidenten der deutschsprachigen Gemeinschaft, Karl-Heinz Lambertz (Belgien, SOC) sowie den Präsidenten des deutschsprachigen Parlaments, Alexander Miesen.

ii. Verabschiedete Empfehlungen und Berichte

- **Vereinigtes Königreich**

Der Kongress verabschiedete die Empfehlung 353 (2014) über die lokale und regionale Demokratie im Vereinigten Königreich. Die Berichtersteller des Kongresses, Angelika Kordfelder, (Deutschland, SOZ) und Alexander Uss, (Russische Föderation, EVP/CCE) begrüßten die Tatsache, dass die Lage der lokalen und regionalen Demokratie im Vereinigten Königreich im großen und ganzen den von diesem Land im Rahmen der Europäischen Charta der lokalen Selbstverwaltung getroffenen Verpflichtungen entspricht. Sie bedauerten indessen, dass die lokale Selbstverwaltung im Vereinigten Königreich nicht stärker in der Verfassung oder der Gesetzgebung verankert ist und stellten fest, dass die Gebietskörperschaften nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen. Der Kongress empfiehlt den britischen Behörden, die Konsultation der Gemeinden zu verstärken und Maßnahmen zu ergreifen, um die finanziellen Probleme der Gemeinde infolge von Haushaltseinschränkungen und Verschuldung in den Griff zu bekommen. Außerdem ermutigt er die britischen Behörden, ihre Erklärung zum Anwendungsbereich der Charta zu korrigieren, um auch Großlondon und Nordirland einzuschließen.

- **Niederlande**

Der Kongress verabschiedete die Empfehlung 352 (2014) über die Situation der lokalen und regionalen Demokratie in den Niederlanden, infolge des Monitoring-Besuches vom 14. bis 16. Mai 2013 von den Berichterstellern des Kongresses, Arthur Tores Eiraupe (Portugal, EVP/CCE) und Jean-Pierre Neuville (Franc, SOC). In einem insgesamt positiven Text, der am 26. März verabschiedet wurde, empfiehlt der Kongress den niederländischen Behörden, das Prinzip der lokalen und regionalen Autonomie in der internen Gesetzgebung und sofern möglich in der Verfassung zu definieren, die « autonomen » und „eigenen « Kompetenzen der Gemeinden und Provinzen zu stärken und den Konsultationsmechanismen zwischen der Zentralmacht und den Gebietskörperschaften zu verbessern. Des weiteren werden die niederländischen Behörden aufgefordert, das Gesetz über die Finanzierung der Gemeinden und Provinzen zu ändern und das lokale Steuersystem zu verbessern, um den Gemeinden mehr Autonomie zu garantieren.

- **Armenien**

Der Kongress verabschiedete die Empfehlung 351 (2014) über die lokale Demokratie in Armenien. Der Berichtersteller des Kongresses, Nigel Mermagen (Vereinigtes Königreich, ILDG) begrüßte die von den armenischen Behörden unternommenen Bemühungen, die Bestimmungen der Europäischen Charta für lokale Selbstverwaltung umzusetzen, unter anderem durch Verfassungsänderungen in 2005 und die Verabschiedung eines neuen Gesetzes in 2008. Er hob indessen hervor, dass die « armenischen Gemeinden nur eine sehr begrenzte Rolle spielen ». In der Praxis verfügen die

armenischen Gemeinden nicht immer über weitgehende Befugnisse, sie spielen eher eine Rolle der Exekutiven der Zentralmacht als die von autonomen Akteuren der lokalen öffentlichen Verwaltung » erklärte er. Der Kongress empfiehlt infolgedessen den armenischen Behörden, die Gesetzgebung zu ändern, um das Subsidiaritätsprinzip besser umzusetzen und es den Gemeinden zu ermöglichen, einen Großteil der öffentlichen Angelegenheiten zu verwalten. Außerdem fordert der Kongress die armenischen Behörden auf, die Eigenmittel der Gemeinden zu erhöhen.

- **Schweden**

Der Kongress verabschiedete die Empfehlung 357 (2014) über die Situation der lokalen und regionalen Demokratie in Schweden, infolge eines Monitoring-Besuches der Co-Berichterstatter Luzette Wagenaar-Kroon (Niederlande, EVP/DC) und Gudrun Mosler-Törnström (Österreich, SOC) im September 2013. Die Berichterstatter hoben die Qualität der schwedischen Demokratie auf lokaler Ebene hervor, die im großen und ganzen den Bestimmungen der Europäischen Charta der lokalen Selbstverwaltung entspricht. Sie begrüßten unter anderem die vor kurzem vorgenommene Aufnahme des Proportionalitätsprinzips in die schwedische Verfassung, laut der jegliche Einschränkung der lokalen Autonomie nur so weit wie möglich erfolgen darf, sowie die Übertragung von Verantwortungen im Bereich der regionalen Entwicklung an zahlreiche Grafschaften. Sie empfahlen den schwedischen Behörden, ein förmliches Konsultationsverfahren einzuführen, um es den lokalen Behörden und ihren Vertretungen zu erlauben, zum Entscheidungsprozess auf zentraler Ebene beizutragen und die Bedürfnisse der lokalen Behörden im Bereich der staatlichen Zuwendungen zu berücksichtigen, indem sie dem demographischen Wandel angepasst werden.

iii. **Post-Monitoring**

Zielsetzung des Post-Monitoring ist es, einen politischen Dialog mit den Behörden des betroffenen Landes einzuleiten und einen Fahrplan zur Umsetzung der Empfehlungen des Kongresses zu vereinbaren.

- **Bosnien-Herzegowina (10. und 11. Dezember 2013)**

Die Berichterstatter Beat Hirs (Schweiz, ILDG) und Jean-Marie Belliard (Frankreich, EVP/CCE) untersuchten die Folgen, die in diesem Lande der Empfehlung 324 (2012) zur lokalen und regionalen Demokratie geleistet wurden. Die Berichterstatter bestätigten den Behörden, dass der Kongress bereit sei, den Behörden von Bosnien-Herzegowina zu helfen, ihre erklärten Absichten zur Stärkung der lokalen Demokratie zu konkretisieren. Der Kongress verabschiedete die Empfehlung 356 (2014) und die Entschließung 369 (2014) zum Post-Monitoring in diesem Land. In der Empfehlung wird an die langjährige politische und institutionelle Blockade auf Staats- und Bundesebene erinnert und die Behörden von Bosnien-Herzegowina werden aufgefordert, die Grundlagen der lokalen Selbstverwaltung zu garantieren, indem den Gemeinden ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt und die Mechanismen des finanziellen Ausgleichs revidiert werden. Schließlich werden die Behörden von Bosnien-Herzegowina dazu ermutigt, die Expertise des Kongresses für sämtliche Reformprogramme zur Dezentralisierung, in Zusammenarbeit mit den lokalen Akteuren, in Anspruch zu nehmen.

- **Portugal (4. März 2014)**

Jos Wiens (Niederlande, EVP/CCE), Berichterstatter des Kongresses, untersuchte die Folgen, die in diesem Lande der Empfehlung 323 (2012) zur lokalen und regionalen Demokratie geleistet wurden. Ein erster Post-Monitoring-Besuch fand am 6. September 2013 statt. Es kam zu Treffen mit Antonio Leitão Amaro, portugiesischer Staatssekretär für Gemeindeverwaltung und Hélder Reis, Staatssekretär für Haushalt sowie mit Vertretern des Nationalen Verbandes der Gemeinden Portugals (ANMP) und des Nationalen Verbandes der Pfarrgemeinden von Portugal (ANAFRE). Ein drittes Treffen über Fragen der lokalen und regionalen Demokratie in Portugal mit Teilnahme aller betroffenen Akteure ist im Herbst 2014 vorgesehen.

b. Beobachtung von Gemeinde- und Regionalwahlen

- **Niederlande (17.-20. März 2014)**

Infolge der Einladung des holländischen Außenministers begab sich eine Delegation des Kongresses in die Niederlande, um die Gemeindewahlen am 19. März zu beobachten. Die Delegation des Kongresses unter Leitung von Pearl Pedergrana, (Schweiz, SOC) setzte sich zusammen aus 12 Kongressmitgliedern aus 13 europäischen Ländern. Sie organisierte vorbereitende Versammlungen mit dem niederländischen Minister für Inneres und Überseegebiete, Ronald Plasterk, Vertretern der Agentur für internationale Zusammenarbeit des niederländischen Gemeindeverbandes (VNG), Mitgliedern der niederländischen Delegation des Kongresses sowie Mitgliedern des Wahlrates ("Kiesraad") in Den Haag. In Amsterdam traf sie Vertreter von Parteien und Kandidaten der Gemeinderatswahlen. Am Wahltag wurden sechs Teams in die verschiedenen Wahlbereiche und Provinzen des Landes geschickt, um die Gemeindewahlen zu beobachten. Die Delegationsleiterin, die am 20. März eine erste Bilanz zog, hob unter anderem den offenen, transparenten und inklusiven Charakter des Wahlprozesses in diesem Lande hervor. Sie stellte jedoch einige Mängel fest, die von den niederländischen Behörden bereinigt werden müssten, insbesondere was die Auszählung anbetrifft. Angesichts der großen Anzahl von zur Wahl stehenden Parteien forderte der Kongress die Niederlande auf, die auf die Parteigründungen anzuwendenden Regeln zu ändern und Repräsentativitätsquoten einzuführen. Des weiteren forderte sie die niederländischen Behörden auf, die frühzeitige Briefwahl zu ermöglichen und die notwendigen Werkzeuge zur Wahl per Internet weiter zu entwickeln. Schließlich bedauerte die Berichterstatteerin das Fehlen von Vorkehrungen zur Einschränkung von Ausgaben und Partnerschaften im Rahmen der Finanzierung der Parteien und der Wahlkampagnen.

5. Themenspezifische Aktivitäten

a. Menschenrechte auf lokaler Ebene

- **Konferenz über « Die Menschenrechte auf lokaler und regionaler Ebene » (Graz, 3. Dezember 2013)**

Bei der Eröffnung der Konferenz, die von der Grazer Universität und dem Europäischen Zentrum für Bildung und Recherche organisiert wurde, unterstrich der Generalsekretär des Kongresses, dass die « Menschenrechte konkrete Rechte sind, die Umsetzung derselben ebenfalls : die Umsetzung findet nicht in einem abstrakten juristischen Raum statt, sondern in einer konkreten Umgebung, wo die Menschen leben, arbeiten und sich austauschen. Diese Umgebung ist keine andere als die unserer Gebietskörperschaften, das heißt unserer Städte und Regionen. » Herr Kiefer hob insbesondere die Bedeutung der Bildung, des Vergleichs der praktischen Erfahrungen und der Umsetzung des unabhängigen und auf lokaler Ebene zugänglichen Beschwerdemechanismus hervor.

b. Soziale Inklusion

Europäische Allianz der Städte und Regionen für die Inklusion der Roma

- **Paris tritt der Europäischen Allianz der Städte und Regionen zur Inklusion der Roma bei (18. Dezember 2013)**

Jean-Claude Frécon (Frankreich, SOC), Vizepräsident des Kongresses, nahm an der Feier zum Beitritt der Stadt Paris zur Allianz teil, in Anwesenheit von Pierre Schapira und Claudine Bouygues, stellvertretende Bürgermeister von Paris. Die Gründung der Allianz ist die Antwort auf die Bewusstwerdung auf europäischer und nationaler Ebene, dass sich die Frage der Integration der Roma vor allem auf lokaler und regionaler Ebene stellt. Die Allianz vereint Städte und Regionen, die bereit sind, sich für die Durchführung von Programmen zu engagieren, die der Inklusion der Roma förderlich sind, und ein gemeinsames Projekt Europarat/Europäische Kommission (ROMACT)

umzusetzen ; Ziel dieses Programms ist die Entwicklung der Politik in diesem Bereich mit Hilfe eines Programms, das die Bereiche Wohnraum, Arbeit, Bildung und Gesundheit umfasst.

- **Inklusion der Roma : Konferenz zur Einführung von ROMACT und ROMED2 in Italien (Mailand, 18. Januar 2014)**

Die Programme ROMACT und ROMED2 wurden offiziell in Italien während einer Konferenz in Mailand eingeführt, die von der Stellvertretenden Generalsekretärin des Europarates, den italienischen Ministern für Integration, der Stellvertretenden Ministerin für Arbeit und Sozialpolitik und John Warmisham (Großbritannien, SOC), sowie dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Kongresses eröffnet wurden. Ebenso nahmen die Bürgermeister und Vertreter mehrerer Pilotstädte, nämlich Bari, Mailand, Neapel, Pavia, Rom und Turin, teil. Das Projekt ROMACT ist eine gemeinsame Initiative des Europarates und der Europäischen Kommission, die mit Unterstützung der Allianz der Städte und Regionen für die Inklusion der Roma umgesetzt wird und zum Ziel hat, den politischen Willen zu stärken und die Kapazität der Gebietskörperschaften zu entwickeln, Aktionspläne und Projekte auszuarbeiten und umzusetzen, die günstig für die Inklusion der Roma sind. Das Programm ROMED2 hat zum Ziel, die demokratische Gouvernance und die Teilnahme der Roma-Gemeinschaft mit Hilfe von Mediation zu verbessern. Zur Zeit ist ROMACT in Ungarn, Bulgarien, Rumänien, in der Slowakei und Italien, gleichzeitig mit ROMED2, in der Umsetzung.

- **Nationaler Workshop der Europäischen Allianz der Städte und Regionen (Paris, 13. Februar 2014)**

Der erste Workshop der französischen lokalen Gebietskörperschaften der Allianz ermöglichte es den Teilnehmern, über die Tätigkeit der Allianz seit ihrer Gründung im März 2013 informiert zu werden und über den künftigen Aktionsplan zu diskutieren, der in Koordination mit den Programmen ROMED2 und ROMACT umgesetzt werden soll. Die Gebietskörperschaften konnten ihre Bedürfnisse und Erwartungen zum Ausdruck bringen, sich über Praktiken und Erfahrungen austauschen und mit den vor Ort tätigen französischen NGOs in einen Dialog treten. Folgende französische Gebietskörperschaften sind gegenwärtig an der Allianz beteiligt : Aubervilliers, der Generalrat von Val de Marne, Lille, Lyon, Paris und Straßburg.

c. Beteiligung der Bürger

- **Seminar « Stärkung der Demokratie mit Hilfe von elektronischen Medien » (27. März 2014)**

Das von Karl-Heinz Lambertz (Belgien, SOC), Vorsitzender des Ausschusses für Gouvernance des Kongresses, sowie von Leo Aadel (Estland, ILDG) und Annemieke Traag (Niederlande, ILDG), Coberichterstatter des Kongresses zur elektronischen Demokratie, eröffnete Seminar konzentrierte sich auf drei Debatten : « Offener Datenraum, ein Transparenz-Werkzeug für die lokalen Gebietskörperschaften », « Webanwendungen für Wähler » und « Die online-Demokratie und die offline-Demokratie miteinander kombinieren ». Durch das Seminar war es möglich, Erfahrungen des Stadtrates Cambridge (Großbritannien) zum offenen Datenraum auszutauschen, aus den Niederlanden von der Entwicklung der Webanwendung « Wahlkompass » und über die e-Demokratie in Kombination mit herkömmlichen demokratischen Methoden in Estland zu hören. Die Diskussionen dienen als Grundlage für die Ausarbeitung eines Berichts über die elektronische Demokratie, der vom Kongress-Ausschuss für Gouvernance vorbereitet wird.

- **Annahme des Slogans für die Woche der lokalen Demokratie 2014, Ausgabe 2014 (Straßburg, 24. März 2014)**

Das Präsidium des Kongresses beschloss, die Ausgabe 2014 der Woche der Lokalen Demokratie der partizipativen Demokratie zu widmen und nahm einen neuen Slogan an : « Die partizipative Demokratie : teilen, vorschlagen, entscheiden ». Ein besonderer Akzent wird auf der Beteiligung der Jugendlichen liegen, wodurch sich eine Verbindung zwischen der SEDL und dem Weltforum der Demokratie (3.-5. November 2014), bei dem die Jugend im Zentrum steht, herstellen lässt. Gaye Doganoglu (Türkei, EVP/CCE), politische Koordinatorin der SEDL, trug dem Vorstand zudem die

Schlussfolgerungen der Sitzung zur allgemeinen Koordination der SEDL vor, die am 14. Februar 2014 in Paris stattfand.

d. Rechte der Kinder

- **Unterstützung für den « Pakt gegen sexuelle Gewalt an Kindern » im Vereinigten Königreich (4. – 6. Dezember 2013)**

Während seines Besuches im Vereinigten Königreich traf der themenspezifische Sprecher für Kinder im Kongress, Johan van den Hout (Niederlande, SOC), nahezu 20 Bürgermeister, Berater und Vertreter von Gebietskörperschaften, unter anderem in London, Birmingham, Sandwell, Nottingham, Derby, Manchester, Salford, Liverpool und Cardiff, um sie auf die Initiativen aufmerksam zu machen, die im Pakt vorgeschlagen werden und sie dazu einzuladen, diese in ihren eigenen Gebietskörperschaften in die Praxis umzusetzen, um Missbräuchen zuvorzukommen, die Opfer zu schützen, die Täter strafrechtlich zu verfolgen, bei gleichzeitiger Garantie, dass die Kinder voll und ganz daran teilhaben. Der stellvertretende Bürgermeister Liverpools unterzeichnete den Pakt der Städte und Regionen gegen die sexuelle Gewalt an Kindern am 6. Dezember 2013. Dieser Pakt stellt den Beitrag des Kongresses zur Europarats-Kampagne ONE in FIVE – EINES VON FÜNF -dar, die für die Konvention des Europarates zum Schutz der Kinder vor Ausbeutung und sexuellem Missbrauch – die sogenannte « Konvention von Lanzarote », in 47 Ländern wirbt.

- **Konferenz zur Umsetzung der Strategie für die Rechte der Kinder des Europarates 2012-2015 (Dubrovnik, 27. März 2014)**

Johan van den Hout (Niederlande, SOC), themenspezifischer Sprecher für Kinder, trug den Beitrag des Kongresses zur Kampagne EINES VON FÜNF während dieser Konferenz vor. Er führte Beispiele zur richtigen Umsetzung vor Ort an und hob die Tätigkeiten hervor, die darauf zielen, den Pakt der Städte und der Regionen gegen die sexuelle Gewalt an Kindern zu unterstützen. Er unterstrich, dass der Pakt die Konvention von Lanzarote in eine Liste mit lokalen und regionalen Praktiken umsetze, konkrete Initiativen, die darauf abzielen, auf Kinder zugeschnittene Dienste zu entwickeln, die Kinder zu schützen und dazu beizutragen, den sexuellen Missbrauch innerhalb der Gemeinschaft zu verhindern.

e. Jugend

- **Der Platz der Jugend in der Gesellschaft : geteilte Verantwortung für Städte und Regionen**

Der Kongress beschloss, seine beiden jährlichen Sitzungen 2014 (März und Oktober) dem Thema «Der Platz der Jugend in der Gesellschaft: geteilte Verantwortung für Städte und Regionen» zu widmen. Ziel ist es, für europäische lokale und regional gewählte Volksvertreter ein Forum zum Austausch zu bieten, zum Thema Teilhabe der Jugendlichen als Akteure der lokalen und regionalen Demokratie. Dementsprechend wurden zwischen dem 25. und 27. März 2014 mehrere Debatten zum Thema Jugend und Menschenrechte organisiert (siehe 3.b. Plenartagungen).

- **Konferenz « Die Investition in die Bildung der Jugend ist wesentlich » (Klagenfurt, 31. März 2014)**

Die Konferenz, die im Rahmen des österreichischen Vorsitzes im Ministerkomitee organisiert wurde, wurde vom Kongresspräsidenten, mit Beteiligung von Mara Juzupa (Lettland, ILDG) und Barbara Toce (Italien, SOC), Mitglieder des Kongresses, eröffnet ; sie stellten die Projekte « Garantie Jugend » und « Sagt Ja zur Jugend », vor, die in ihren Ländern umgesetzt sind (siehe 1.c. österreichischer Vorsitz).

f. Förderung der Regional- und Minderheitensprachen

- **Seminar « Die Regional- und Minderheitensprachen in Europa heute » (Paris, 9. – 10. Dezember 2013)**

Das Seminar, das in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat für die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen des Europarates organisiert wurde, bot Gelegenheit, eine Bestandsaufnahme der Lage der Regionalsprachen vorzunehmen, aus der Sicht der Europäischen Union und des Europarates. Besondere Aufmerksamkeit galt ebenso der Rolle der lokalen und regionalen Behörden als Schutzherr und Förderer der Regional- oder Minderheitensprachen. Hinsichtlich der Dossiers, die aktualisiert wurden, verabschiedete das Kongresspräsidium am 10. Februar eine Erklärung und begrüßte damit die Abstimmung in der französischen Nationalversammlung vom 28. Januar 2014 für eine Verfassungsänderung, durch welche die Ratifizierung der Charta durch Frankreich genehmigt wird, 15 Jahre nach Zeichnung. Dies unterstreicht die Bedeutung, die das Präsidium dieser Frage beimisst. (siehe 1.a. Agenda)

6. Kooperationsmaßnahmen und Außenbeziehungen

a. Die externen Partner

i. Der Ausschuss der Regionen der Europäischen Union

Am 9. Dezember 2013 organisierte der Kongress in Paris ein Treffen der "Kontaktgruppe Kongress/Ausschuss der Regionen (AdR)". Bei diesem Treffen stellte der Kongress seine Aktion für die lokale und regionale Demokratie vor, insbesondere in den nicht europäischen Mitgliedstaaten sowie die Aktionen im Bereich der Devolution, der Regionalisierung und der Gouvernance auf mehreren Ebenen. Für 2014 wurden gemeinsame Initiativen mit dem Ausschuss der Regionen beschlossen, unter anderem die Organisation einer gemeinsamen Sitzung zwischen dem CIVEX-Ausschuss des AdR und dem Gouvernance-Ausschuss des Kongresses, die am 17. November 2014 in Brüssel stattfinden soll. Es wurde außerdem vereinbart, dass der Präsident des Ausschusses der Regionen sich im Oktober 2014 in der Tagung an den Kongress wenden wird .

Am 7. März 2014 nahm die Kammerpräsidentin Nataliya Romanova (Ukraine, ILDG) gemeinsam mit dem Präsidenten des Kongresses am Gipfel der Regionen und Städte des Ausschusses der Regionen in Athen teil. Auf dem Gipfel wurde eine Abschlusserklärung verabschiedet, in der die Notwendigkeit unterstrichen wurde, mit den Ausgaben und der Verwaltung der lokalen und regionalen Behörden besser zu haushalten.

Am 3. April 2014 nahm die Vorsitzende mit dem Präsidenten des Kongresses an der 106. Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen in Brüssel teil. Bei der Eröffnung begrüßte und unterstützte der Präsident die «Charta für das Regieren auf mehreren Ebenen », die vom Ausschuss der Regionen verabschiedet wurde.

ii. Europäische Verbände der Gemeinden und Regionen

- **Konferenz der Europäischen Regionalen Gesetzgebenden Parlamente (CALRE)**

Herwig van Staa, Präsident des Kongresses und Andreas Kiefer, Generalsekretär, trafen Pilar Rojo Noguera und Xosé Sarmiento Méndez, Vertreter der Konferenz der Europäischen Regionalen Gesetzgebenden Parlamente (CALRE). Sie diskutierten über gemeinsame Prioritäten, insbesondere über die 'digitale Inklusion' und die Beteiligung der Bürger auf regionaler Ebene. Sie erörterten unter anderem die Nutzung von neuen Technologien, um die Teilhabe der Bürger an den regionalen Parlamenten und die Reaktion dieser Parlamente auf Initiativen der Bevölkerung zu erleichtern. Herwig Van Staa lud die Regionen mit gesetzgeberischen Vollmachten ein, die vom Kongress angebotenen Möglichkeiten voll zu nutzen, insbesondere den Austausch von Erfahrungen über die Grenzen der Europäischen Union hinaus.

- **Versammlung der Regionen Europas (VRE)**

Im Laufe der 26. Tagung unterzeichnete der Kongress ein Kooperationsabkommen mit der Versammlung der Regionen Europas sowie einen Aktionsplan für 2014-2015. Es wurden drei vorrangige Aktionen ermittelt: die Dezentralisierung und die Förderung der regionalen Selbstverwaltung, die Teilhabe der Jugend am politischen Leben und die Förderung der Regional- oder Minderheitensprachen. Eine Diskussion über die Umsetzung dieses Abkommens fand anlässlich der Versammlung der Kammer der Regionen am 26. März statt.

b. Kooperationsprogramme und Aktionspläne

Der Kongress setzte seine Kooperationstätigkeit in einigen Ländern fort und legte potenziellen Gebern Kofinanzierungsprojekte vor.

iii. Mitgliedstaaten des Europarates

- **Albanien**

Im Rahmen des Projektes „Stärkung der territorialen Gebietskörperschaften und Kooperation zwischen den kommunal und regional gewählten Vertretern“ des Europarates richtet der Kongress eine einheitliche Plattform des Dialogs und der Kooperation zwischen kommunal und regional gewählten Volksvertretern ein.

Dieses Projekt, das bis 2015 läuft, wird von der Schweizer Agentur für Entwicklung und Kooperation finanziert. Der Gesamthaushalt beläuft sich auf 1 480 000 €, darunter 560 000 € für die Aktivitäten des Kongresses.

In der 25. Tagung des Kongresses traf der Präsident des Kongresses mit Ferdinand Poni, Sonderberater für Fragen der kommunalen Selbstverwaltung von Lulzim Basha, Vorsitzender der demokratischen Partei sowie mit Mitgliedern der Delegation im Kongress zusammen, die sich besorgt über die Anschuldigungen zeigten, die derzeitige Regierung verstoße gegen die Prinzipien der Charta.

Das Projektteam erarbeitete in Zusammenarbeit mit dem Geber Vorschläge, unter anderem, um den Zentralbehörden zu helfen, ein Beratungsgremium zur Einleitung eines Dialoges über die territoriale Reform zu gründen, einen Zeitplan zur Dezentralisierung zu erstellen und jedes sonstige Thema in Bezug auf lokale und regionale Gebietskörperschaften anzugehen. Dies war die Folge einer Anfrage des Ministers für lokale Angelegenheiten vom 10. Dezember 2013. Eine erste Reihe von Beratungen fand am 18. und 19. Februar 2014 statt, als Vertreter des Kongress-Sekretariats und ein Mitglied der Unabhängigen Expertengruppe für die Europäische Charta der lokalen Selbstverwaltung den Minister für lokale Angelegenheiten trafen, um ein Mandat zur Unterstützung bei der Gründung eines Beratungsgremiums festzulegen. Es fanden weitere Begegnungen zu diesem Thema mit den Hauptbeteiligten statt, um über die Vision und die Vorgehensweise eines derartigen Projektes zu diskutieren.

Die zweite Vorstandssitzung fand am 12. März in Tirana statt. In der Sitzung wurden die bis zum heutigen Tage realisierten Fortschritte bewertet und neue strategische Orientierungen genehmigt, ebenso wie der Jahresplan für 2014.

Der Vize-Präsident des Kongresses, Michael O'Brien (Irland, SOC) und die Kongressmitglieder Tatiana Badan (Moldova, ILDG), Helen Eadie, (Vereinigtes Königreich, SOC), Mihkel Juhkami, (Estland, EVP/CCE), Matej Gombosi, (Slowenien, EVP/CCE) und Erwin Mohr, (Österreich, EVP/CCE) nahmen an mehreren Sitzungen zu diesem Projekt teil.

- **Armenien**

Am 16. September 2013 unterzeichnete der Europarat ein Abkommen mit der Regierung Dänemarks zur Umsetzung des Projektes „Unterstützung bei der Konsolidierung der Gemeindedemokratie in Armenien“, das Teil des Aktionsplans für Armenien 2012-2014 ist und drei Aktionsbereiche umfasst.

Der dritte Aktionsbereich betrifft die Stärkung der Führungsqualitäten der kommunal gewählten Vertreter, die vom Kongress vorgeschlagen werden.

Der Teil des Projektes, den der Kongress umsetzt, zielt darauf ab, die Kenntnisse und guten Praktiken der kommunal gewählten Vertreter im Bereich der Gemeindedemokratie zu stärken, um die kommunale Regierungsführung in dem Land zu verbessern und erfolgreich die Gemeindereform umzusetzen.

Das Projekt begann am 1. Oktober 2013 und läuft bis September 2015 für den Aktionsbereich III. Der Gesamthaushalt beläuft sich auf 1 785 000 €, darunter 575 000 € für die Tätigkeiten des Kongresses.

Gleichzeitig wurde der Kongress aufgefordert, an einem Gedankenaustausch zwischen Amtskollegen teilzunehmen, um der armenischen Regierung zu helfen, den Prozess der Territorialreform zu entwickeln.

Das Projekt wurde offiziell am 5. Februar 2014 in Anwesenheit von Vizepremierminister Armen Gevorgyan eingeleitet und die erste Vorstandsversammlung fand am selben Tag statt. Am 5. und 6. Februar schlug der Kongress eine erste Arbeitsgruppe über politische Führung vor, die Teil des zweijährigen Programms über die Entwicklung der Leadership ist, welches eigens für die armenischen Bürgermeister entworfen wurde. Die Kongressmitglieder Knud Andersen (Dänemark, ILDG), Vize-Präsident des Kongresses und Matej Gombosi (Slowenien, EVP/CCE), beteiligten sich an der Arbeitsgruppe auf der Grundlage eines Austausches unter Amtskollegen.

Des weiteren äußerte die Direktion für Entwicklung und Kooperation der Schweiz (DDC) ihr Interesse für eine Zusammenarbeit mit dem Europarat und dem Kongress über die Realisierung eines Projektes zur Stärkung des Gemeindeverbandes, damit dieser zu einem effektiven Verband wird, der die Interessen der lokalen Behörden vertritt. Es sind Verhandlungen mit der DDC, dem Europarat und dem Verband im Gange.

- **Aserbaidshon**

Der Entwurf eines Aktionsplanes des Europarates für Aserbaidshon 2013-2015 wurde vom GR-DEM genehmigt und muss vom Ministerkomitee verabschiedet werden. Der Kongress schlägt vor, sich an der Umsetzung einer umfassenden Strategie zur Dezentralisierung zu beteiligen und einen Legislativrahmen für die Gemeindedemokratie gemäß seiner Empfehlung 326 (2012) auszuarbeiten, der den Vorschlag des Fachzentrums für die Reform der Gemeindeverwaltung ergänzt. Es geht für den Kongress darum, einen politischen Dialog zur Umsetzung der vorgenannten Empfehlung einzuleiten und die Führungsqualitäten der lokalen Volksvertreter zu stärken.

- **Bosnien-Herzegowina**

Der Europarat arbeitet derzeit einen Aktionsplan für Bosnien-Herzegowina für 2014-2015 aus, der ein Projekt für Gemeindedemokratie enthält, das gemeinsam vom Kongress und dem Fachzentrum zur Stärkung der Demokratie und guten Gouvernance auf kommunaler Ebene des Landes vorgelegt wird. Die Unterstützung der Ausarbeitung eines „Fahrplans“ für die Umsetzung der Empfehlungen des Kongresses ist vorgesehen und wird in den Post-Monitoring-Sitzungen erörtert. Die erste Versammlung fand am 10. und 11. Dezember 2014 in Sarajevo unter Beteiligung der Berichterstatter des Kongresses, Beat Hirs (Schweiz) und Jean-Marie Belliard (Frankreich) statt.

- **Georgien**

Der Aktionsplan des Europarates für Georgien 2013-2015 wurde am 6. Februar 2014 in Tbilissi anlässlich des Besuchs des Generalsekretärs des Europarates eingeleitet. Die georgische Regierung nahm die kommunale Gouvernance als Priorität auf, da sie derzeit vorsieht, eine größere Gemeindereform durchzuführen.

Das Projekt, das eine Laufzeit von drei Jahren hat, berücksichtigt die Empfehlung 334 (2013) des Kongresses über Gemeinde- und Regionaldemokratie und umfasst mehrere Kapitel, darunter die Unterstützung der Reform, insbesondere des Konsultationsverfahrens der Gemeinden und die Stärkung der Fähigkeiten der kommunal gewählten Vertreter als treibende Kraft des Wandels. Das

Projekt umfasst ebenfalls ein Kapitel über die Beteiligung der Bürger. Tengiz Shergelashvili, Erster Vize-Minister der regionalen Entwicklung und Infrastruktur in Georgien nahm am 19. Februar 2014 an der Versammlung des Monitoring-Ausschusses als Bestandteil des Post-Monitoring-Verfahrens teil.

- **Republik Moldova**

Der Aktionsplan des Europarates für die Republik Moldova 2013-2016 wurde am 14. März 2014 in Chisinau von der Stellvertretenden Generalsekretärin des Europarates eingeleitet. Das Kapitel über Gemeindedemokratie und Dezentralisierung enthält einen Aktionsbereich zur Stärkung der Demokratie und der kommunalen Gouvernance, den der Kongress in enger Zusammenarbeit mit dem Verband der Gemeinden ausgearbeitet hat (der Kongress der Gemeinden Moldovas – CALM). Er umfasst folgende Aktivitäten: Einrichtung eines Post-Monitoring-Dialogs zur Umsetzung von Empfehlung 322 (2012), welche die Frage der Verteilung der Befugnisse und Verantwortlichkeiten zwischen dem Zentrum und den Regionen umfasst, insbesondere die Autonome Territoriale Einheit Gagausien; die Festigung der kommunalen politischen Gouvernance; Stärkung der Fähigkeiten der kommunal gewählten Vertreter als Akteure des Wandels; Förderung des Dialogs mit den zentralen und kommunalen Behörden und Konsolidierung des CALM als Hauptansprechpartner der zentralen und kommunalen Behörden. Des weiteren war der Kongress eingeladen worden, an einem Gedankenaustausch zwischen Amtskollegen teilzunehmen, der vom 3. bis 6. März in Chisinau über das Thema der eigenen Kompetenzen und der delegierten Kompetenzen stattfand.

- **Russland**

Die lokale Demokratie zählt zu den Prioritäten des Kooperationsdokuments mit der Russischen Föderation für 2013-2014, das seit einiger Zeit in Vorbereitung ist. Der Kongress leistet einen Beitrag zu einem Projekt, das vom Fachzentrum für die Reform der Gemeindeverwaltung ausgearbeitet wurde. Hauptziel dieses Projektes ist die Verbesserung der Qualität der kommunalen Gouvernance, die Stärkung der Effizienz der lokalen Verwaltung, die Förderung nachhaltiger Politik und die Erleichterung des Zugangs der Bürger zu den Diensten sowie ihre Einwirkung auf die staatlichen Entscheidungen.

- **Ukraine**

Angesichts der politischen Lage wurden die Tätigkeiten verschoben. Die am 27. Februar 2014 gewählte neue Regierung erklärte, dass die Reform zur lokalen Selbstverwaltung und die Dezentralisierung zu ihren Prioritäten gehörten.

Bis zur Krise war die Situation folgende : Der revidierte Aktionsplan des Europarates für die Ukraine 2011-2014 war am 19. November vom Ministerkomitee angenommen worden. Bei seiner Sitzung am 12. Juni 2013 in Kiew kam der Lenkungsausschuss des Aktionsplanes zu dem Schluss, die Bemühungen im Bereich der Gemeindedemokratie zu stärken. Der Kongress und das Fachzentrum für die Reform der Gemeindeverwaltung arbeiteten gemeinsam ein neues Projekt für 2014-2017 aus. Gegenwärtig finden Verhandlungen zwischen dem Europarat und der neuen Regierung statt, um den Aktionsplan zu revidieren und ihn der neuen Lage anzupassen.

Zwischenzeitlich äußerten die dänischen Behörden den Wunsch, die Kontinuität der Arbeit des Europarates im Bereich der lokalen Demokratie in der Ukraine zu unterstützen. Mit einer Finanzierung von 600 000 € über 15 Monate wurde ein Programm eingerichtet, das in den revidierten Aktionsplan integriert wurde. Es sieht ein Monitoring der Tätigkeiten zur Stärkung der Kapazitäten der Gemeinden und Regionen sowie legislativen Beistand für die ukrainische Regierung vor.

Der Beitrag des Kongresses zum Programm umfasst zwei Kapitel : erstens den Post-Monitoring-Dialog zur Ausarbeitung eines Fahrplans 2014, um die Empfehlung 348 (2013) umzusetzen, die in der 25. Tagung des Kongresses am 31. Oktober 2013 verabschiedet wurde ; zweitens die Schulung der jungen führenden Politiker, um ihre Fähigkeiten zu entwickeln, sich bei den zukünftigen Gemeindewahlen zu engagieren.

iv. Aktivitäten des Europarates zur Entwicklung und Konsolidierung der demokratischen Stabilität

- **Belarus**

Der Kongress schlug Aktivitäten zur Entwicklung der lokalen Demokratie in Belarus vor. Hierzu zählen die Sensibilisierung der nationalen Behörden, der Gemeinden und der Zivilgesellschaft von Belarus für die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung, ein europäischer Erfahrungsaustausch über die Umsetzung der Charta und eine Analyse der Übereinstimmung der Gesetzgebung und der Gesetzentwürfe von Belarus mit den Normen des Europarates im Bereich der lokalen Demokratie.

Infolge der Diskussionen von Jean-Claude Frécon (Frankreich, SOC), Präsident der Kammer der Gemeinden und Nataliya Romanova (Ukraine, ILDG), Präsidentin der Kammer der Regionen, mit den Behörden von Belarus, könnte dieses Seminar im zweiten Halbjahr 2014 stattfinden.

- **Kosovo***

Der Kongress arbeitete ein Projekt zur Sensibilisierung der Behörden und der kommunalen Volksvertreter für die Fragen der Dezentralisierung und der Rolle der kommunalen Volksvertreter aus, um die demokratischen Werte und die Gouvernance im Kosovo zu stärken. Dieses Projekt wurde in die Liste der Kooperationsaktivitäten des Europarates im Kosovo aufgenommen, die Diskussionsgegenstand im Ministerkomitee und zwischen dem Europarat und seinen wichtigsten internationalen Partnern war.

Das Projekt wurde im Rahmen des Abkommens zwischen Serbien und dem Kosovo vom 19. April 2013, unter der Schirmherrschaft der Europäischen Union umgesetzt. Die Behörden des Kosovo und die Völkergemeinschaft, insbesondere die Europäische Kommission, zeigten großes Interesse an einer Beteiligung des Europarates an der Gemeindedemokratie.

v. Kooperation mit den Nachbarregionen des Europarates

Die Vorschläge des Kongresses sind im Rahmen der Politik des Europarates für die Nachbarregionen zu sehen. Sie entsprechen einer Anfrage der betroffenen Länder.

- **Marokko**

Der Kongress setzt die Zusammenarbeit mit den marokkanischen Behörden fort, insbesondere nach Annahme des Gesetzesentwurfes Anfang Juli durch das Parlament, in dem das Prinzip der territorialen Begrenzung der Gebietskörperschaften festgelegt wird, das zu einer neuen Raumordnung des Landes führen soll.

Der Kongress beteiligte sich an dieser Debatte über die fortgeschrittene Regionalisierung, indem er sein Fachwissen im beratenden Ausschuss der Regionalisierung seit seiner Gründung 2010 einbrachte und einen vertieften Dialog mit den Abgeordneten und den marokkanischen Gemeindebehörden führte.

Bei dem Forum von Lissabon im November 2013 kam es zu weiteren Kontakten zwischen den marokkanischen Bürgermeisterinnen und den Kongressmitgliedern. Im Rahmen des Monitoring war der Kongress beim Seminar zur Verbesserung des Zugangs der Frauen zum politischen Leben in Tunesien und Marokko vertreten, das das Nord-Südzentrum am 17. und 28. März in Tunis (Tunesien) und in Tetuan (Marokko) organisiert.

- **Tunesien**

Der Kongress setzte seine Kontakte mit den tunesischen Behörden im Rahmen der institutionellen Hilfe des Europarates fort. Er beteiligte sich an mehreren Konsultationen zwischen Vertretern der Verfassungsgebenden Versammlung Tunesiens (ANC) und der Europäischen Kommission für

Demokratie durch Recht (Venedigkommission), insbesondere zu Kapitel VII des endgültigen Projektes in Bezug auf die Gemeinden. Die Kommentare des Kongresses, formuliert von Christian Behrendt, Professor an der Universität Lüttich, Belgien, wurden in die offiziellen Kommentare der Venedigkommission, veröffentlicht am 17. Juli 2013, aufgenommen.

Unter Mitarbeit von Néjl Baccouche, Professor für Recht an der Universität Sfax (Tunesien), und Christian Behrendt, Professor für Verfassungsrecht an der Universität Lüttich, Belgien, wird eine Studie der Gemeinde- und Regionaldemokratie in Tunesien, der Empfehlungen sowie des Sachstandes der Aktivitäten anderer zwischenstaatlicher Organisationen in diesem Bereich ausgearbeitet. Diese Studie über die Gemeindedemokratie sowie das Kooperationsprojekt werden mit den neuen tunesischen Behörden erörtert werden.

Nach Verkündung der neuen Verfassung der Republik Tunesien verabschiedete das Kongresspräsidium am 10. Februar 2014 eine Erklärung, in der die beträchtlichen Fortschritte begrüßt wurden, die diese Verfassung für die Entwicklung der Demokratie im Land darstellt. Der Präsident des Kongresses, Herwig van Staa, erinnerte außerdem daran, dass der Kongress bereit sei, zu einer effektiven Umsetzung der lokalen Macht beizutragen, die sich augenblicklich auf das Prinzip der Dezentralisierung und der administrativen und finanziellen Selbstverwaltung stützt.

Die lokale und regionale Demokratie sind im Text der Verfassung verbrieft, der dafür sorgt, dass die Stadt- und Regionalräte mit dem allgemeinen Wahlrecht ermittelt werden, eine Wahl, die frei, direkt, geheim durchgeführt wird. Die Mechanismen der partizipativen Demokratie und die Prinzipien der offenen Gouvernance finden hier ebenfalls ihren Platz. Des weiteren wurden das Prinzip der finanziellen Autonomie, das Ziel, eine Balance zwischen « lokalen Einkommen und lokalen Lasten » zu finden sowie das Engagement des Staates, « die Repräsentativität der Frauen in den gewählten Versammlungen zu garantieren » anerkannt.

APPENDICES

APPENDIX I – Agenda of the 26th Session (25-27 March 2014)

CG(26)OJ1PROV

26th Session of the Congress

Strasbourg, Palais de l'Europe

25-27 March 2014

**DRAFT AGENDA
PUBLIC MEETING**

**THEME FOR 2014:
EMPOWERING YOUTH: A SHARED RESPONSIBILITY FOR CITIES
AND REGIONS**

Members' attention is drawn to:

Electronic voting on texts will take place in the hemicycle and in Room 1. The voting handsets will be distributed at the entrance to the meeting rooms upon signature of the attendance register. []

Participants are reminded that access to the hemicycle is strictly limited to holders of badges which indicate the specific hemicycle symbol. Seating in the hemicycle will be allocated according to the seating plans available for consultation by the entrance.

Tabling written questions for oral reply (Office 1081): each member should limit herself/himself to one question. Please refer to the agenda for the deadlines.

The conditions and deadlines for tabling amendments (Office 1081): at the latest at 10.00 on the eve of the day when the texts to which they refer are to be discussed except for texts to be debated on Tuesday 25 March for which the deadline is 16.00 on Monday 24 March. Amendments must be signed by 5 delegates from at least two delegations for texts debated in plenary sittings or by any five delegates from at least two national delegations sitting in the Chamber of Local Authorities for debates in that chamber and by any five delegates sitting with full capacity in the Chamber of Regions for debates in that chamber. Each amendment must specify the name of the delegate who will submit it, ,

Registration of speakers for the debates: the form for registration of speakers for the debates, available at the entrance of the hemicycle and Room 1, (plenary sittings and sessions of the chambers) must be submitted to the Table Office secretariat seated in front of the President's rostrum for sittings in the hemicycle or to the secretariat of the President for the chamber meeting in Room 1.

Finance Office: Office 1040 and 1035

Table Office for any further questions: Office 1081.

Monday 24 March 2014 (eve of the session)

Bureaux meetings

9.30-10.30, Room 6	Bureau of the Chamber of Local Authorities
9.30-10.30, Room 7	Bureau of the Chamber of Regions
10.30-12.30 and 14.00-16.00, Room 8	Bureau of the Congress

Seminar on election observation – for Congress members 13.30 – 15.30

Room 1	Open to all members of the Congress, secretaries of delegation and advisers
--------	---

Political group meetings 16.30 – 18.30

Room 6	European Conservatives and Reformists Group (ECR)
Room 9	European People's Party Group in the Congress (EPP/CCE)
Room 10	Independent and Liberal Democrat Group (ILDG)
Room 11	Socialist Group (SOC)

Tuesday 25 March 2014

Committee meetings

8.30 – 10.45

Room 1	Monitoring Committee
Room 6	Current Affairs Committee
Room 8	Governance Committee

Tuesday 25 March 2014

11.00 – 12.30, Hemicycle

Plenary Sitting

Opening of the 26th Session of the Congress by the President of the Congress

Herwig VAN STAA

Verification of new members' credentials

Presentation by the rapporteurs:

Anders KNAPE, Sweden (L, EPP/CCE), and Ludmila SFIRLOAGA, Romania (R, SOC)

Debate and vote on the draft resolution [CG(26)2]

Deadline for tabling amendments: 16.00 Monday 24 March



Adoption of the draft agenda of the session

[\[CG\(26\)OJ1PROV\]](#)

Adoption of the draft minutes of the last sitting of the 25th Session (31 October 2013) **[CG(25)PV3]**

Adoption of the composition of the Congress committees

[CG(26)3]

Communication by the President of the Congress

Debate

Statement by Thorbjørn JAGLAND

Secretary General of the Council of Europe

Oral reply to questions from the floor

Suspension of the sitting

EVENT:

Reception offered in the framework of the Austrian Chairmanship of the Committee of Ministers in the lobby of the Hemicycle (at the close of the sitting)

Tuesday 25 March 2014

14.00 – 19.30 Hemicycle

Plenary Sitting

Austrian Chairmanship of the Committee of Ministers of the Council of Europe (November 2013 – May 2014)

Statement by Andrä RUPPRECHTER, Federal Minister for Agriculture, Forestry, Environment and Water, representing the Austrian Chairmanship of the Committee of Ministers

Oral reply to written questions [CG(26)4]

Deadline for tabling written questions: 15.00 Monday 24 March

SUSPENSION OF THE SITTING

Ceremony: 20 years promoting local and regional democracy

Statements by:

Herwig VAN STAA, President of the Congress

Luc VAN DEN BRANDE, Vice-President of the Committee of the Regions (CoR)

Anders KNAPE, Executive President of the Council of European Municipalities and Regions (CEMR)

Hande ÖZSAN BOZATLI, President of the Assembly of European Regions (AER)

Signing ceremony of the co-operation agreement between the Congress of Local and Regional Authorities of the Council of Europe and the Assembly of European Regions

Statements by:

Herwig VAN STAA, President of the Congress

Hande ÖZSAN BOZATLI, President of the Assembly of European Regions (AER)

RESUMPTION OF THE SITTING

Is there a real place for young people in local and regional democracy?

Statements by:

Martina JÖBSTL, Member of the Regional Parliament of Salzburg, Austria

Jacob SAKIL, Former Young Mayor of the London Borough of Lewisham, United Kingdom

Adriana DELGADO, on-line youth activist, Portugal

Emil BOC, Mayor of Cluj-Napoca, Romania

Debate

Best practices of implementation of human rights at local and regional level in member states of the Council of Europe and other countries

Presentation by the rapporteur: Lars O. MOLIN, Sweden (L, EPP/CCE)

Statements by:

Lawrence EARLY, Jurisconsult, Registry of the European Court of Human Rights

Nils MUIŽNIEKS, Council of Europe Commissioner for Human Rights

Maija SAKSLIN, Chairperson of the Management Board, European Union Agency for Fundamental Rights

Debate and vote on the draft resolution [\[CG\(26\)5PROV\]](#)

Deadline for tabling amendments 16.00 Monday 24 March

Urgent debate on the situation in Ukraine

Presentation by Marc COOLS, Belgium (L, ILDG), Vice-President of the Congress and Rapporteur on Ukraine

Statement by:

Maryna STAVNIYCHUK, Advisor to the President of Ukraine

Debate and vote on the draft declaration [\[CG\(26\)15PROV\]](#)

Deadline for tabling amendments 9.00 Tuesday 25 March

The situation of Leyla Güven and other local elected representatives in detention in Turkey

Presentation by the rapporteurs: Anders KNAPE, Sweden (L, EPP/CCE), and Leen VERBEEK, Netherlands (R, SOC)

Debate and vote on the draft resolution and the draft recommendation [\[CG\(26\)6PROV\]](#)

Deadline for tabling amendments 16.00 Monday 24 March

END OF THE SITTING

EVENT: Reception and cultural event offered by the Slovenian delegation to the Congress

Wednesday 26 March 2014

Chamber of Regions

9.00 - 12.00, Hemicycle

Opening by the President of the Chamber

Nataliya ROMANOVA

Adoption of the draft agenda of the Chamber

[CPR(26)OJ1PROV]

Communication by the President of the Chamber

[CPR(26)1]

Co-operation agreement between the Congress of Local and Regional Authorities of the Council of Europe and the Assembly of European Regions: implementation

Fostering youth employment through education and training: role and best practices within regions in Europe

Statements by:

Csaba BORBOLY, member of the Education, Youth, Culture and Research Commission (EDUC) of the Committee of the Regions of the European Union

Reinhard ROHR, President of the Carinthia Parliament, Austria

Emmanuele BOBBIO, Minister for Training Research and University of the Toscana Region, Italy

Beat ROHNER, President of the Youth Regional Network of the Assembly of the European Regions (AER)

Debate

Implementing human rights policies at regional level

Statements by:

Bettina VOLLATH, Minister for Finance, Women and Integration in the Regional Government of Styria, Austria

Alan MILLER, Chair of the Scottish Human Rights Commission, United Kingdom

Rafael RIBÓ I MASSÓ, Catalan Ombudsman, Spain

Debate

Close by the President of the Chamber

EVENT:

Reception and cultural event offered by the Permanent Representation of the Republic of Moldova and the Moldovan delegation to the Congress

Wednesday 26 March 2014

Chamber of Local Authorities

9.00 - 12.00, Room 1

Opening by the President of the Chamber

Jean-Claude FRECON

Adoption of the draft agenda of the Chamber

[\[CPL\(26\)OJ1PROV\]](#)

Communication by the President of the Chamber

[CPL(26)1]

Local democracy in Armenia

Presentation by the rapporteur: Nigel MERMAGEN, United Kingdom (L, ILDG)

Debate and vote on the draft recommendation [\[CPL\(26\)2PROV\]](#)

Deadline for tabling amendments: 10.00 Tuesday 25 March



Being a local councillor today

Statements by:

René DOSIERE, Deputy of the French National Assembly

Michael SALOMO, Bürgermeister of Haßmersheim, Baden-Württemberg, Germany

Marcel BOOGERS, Member of the Council for Public Administration and Professor in innovation and regional governance, University of Twente, Netherlands

Debate

Digital media and urban mobilisation

Statements by:

Jan HANRATH, Fellow, University of Duisburg-Essen, Germany

Kerem ÖKTEM, Fellow at Sabanci University, Istanbul, Turkey

Kristina BERDINSKIKH, Ukrainian blogger, Author of the "Maidaners" Facebook project

Debate

Close by the President of the Chamber

EVENTS:

Reception and cultural event offered by the Permanent Representation of the Republic of Moldova and the Moldovan delegation to the Congress

Wednesday 26 March 2014

14.00 – 19.00, Hemicycle

Plenary Sitting

Adoption of the draft minutes of the sittings of the Congress on 25 March 2014

[CG(26)PV1am] [CG(26)PV1pm]

Statement by Anne BRASSEUR, President of the Parliamentary Assembly of the Council of Europe

Oral reply to questions from the floor

Local and regional democracy in the Netherlands

Presentation by the rapporteurs: Artur TORRES PEREIRA, Portugal (L, EPP/CCE), and Jean-Pierre LIOUVILLE, France (R, SOC)

Debate and vote on the draft recommendation [[CG\(26\)7PROV](#)]

Deadline for tabling amendments: 10.00 Tuesday 25 March

Statement by Ronald PLASTERK, Minister of the Interior and Kingdom Relations, Netherlands

Oral reply to questions from the floor

Local and regional democracy in the United Kingdom

Presentation by the rapporteurs: Angelika KORDFELDER, Germany (L, SOC), and Alexander USS, Russian Federation (R, EPP/CCE)

Debate and vote on the draft recommendation [[CG\(26\)10PROV](#)]

Deadline for tabling amendments: 10.00 Tuesday 25 March

Statement by Baroness STOWELL MBE, Parliamentary Under-Secretary of State for Communities and Local Government, United Kingdom

Oral reply to written questions [CG(26)16]

Deadline for tabling written questions: 16.00 Tuesday 25 March

Empowering Roma youth through participation: effective policy design at local and regional levels

Presentation by the rapporteurs: Inger LINGE, Sweden (R, EPP/CCE), and John WARMISHAM, United Kingdom (L, SOC)

Statements by:

Orhan USEIN, Programme Coordinator, Decade of Roma Inclusion Foundation

Angel IVANOV, Member of the Bureau of the Forum of European Roma Young People

Debate and vote on the draft resolution and draft recommendation [[CG\(26\)8PROV](#)]

Deadline for tabling amendments: 10.00 Tuesday 25 March

SUSPENSION OF THE SITTING

Signing ceremony of the co-operation agreement between the Congress of Local and Regional Authorities and the European Roma and Travellers Forum

Statements by:

Herwig VAN STAA, President of the Congress

Rudko KAWCZYNSKI, President of the European Roma and Travellers Forum

RESUMPTION OF THE SITTING

Strategy on the right of local authorities to be consulted by other levels of government

Presentation by the rapporteur: Anders KNAPE, Sweden (L, EPP/CCE)

Debate and vote on the draft resolution [[CG\(26\)9PROV](#)]

Deadline for tabling amendments: 10.00 Tuesday 25 March

End of the sitting

20.00 *EVENT: Reception offered by the City of Strasbourg, at the Hôtel de Ville, Place Broglie (departure by shuttle bus to the Hôtel de Ville at 19.30 and 19.45)*

Thursday 27 March 2014

Bureau meeting

8.30 - 9.15, Room 8 Bureau of the Congress

Thursday 27 March 2014

9.30 - 12.00, Hemicycle

Plenary Sitting

Formal adoption of texts approved by the chambers

[CG(26)11]

Adoption of the draft minutes of the sittings of the Congress and of the chambers

on 26 March 2014 [CG(26)PV2], [CPL(26)PV1] and [CPR(26)PV1]

Youth participation – Voting at 16?

Statements by:

Gregor WENDA, Deputy Head, Department of Electoral Affairs, Federal Ministry of the Interior, Austria

Thomas LEYS, former member of the Council of Europe Advisory Council on Youth

Debate

Post-monitoring dialogue in Bosnia and Herzegovina

Presentation by the rapporteurs: Beat HIRS, Switzerland (L, ILDG), and Jean-Marie BELLIARD, France (R, EPP/CCE)

Debate and vote on the draft resolution and draft recommendation [\[CG\(26\)13PROV\]](#)

Deadline for tabling amendments: 10.00 Wednesday 26 March

Statements by:

Zoran MIKULIĆ, Minister of Justice, Federation of Bosnia and Herzegovina

Lejla REŠIĆ, Minister of Administration and Local Self-government of the Republika Srpska

Orlando FUSCO, Political Adviser - Head of Section, Governments, Parliaments and Political Parties, on behalf of the EUSR / EU Delegation, Bosnia and Herzegovina

Oral reply to written questions [CG(26)17]

Deadline for tabling written questions: 10.00 Wednesday 26 March

Local and regional democracy in Sweden

Rapporteurs: Luzette WAGENAAR-KROON, Netherlands (L, EPP/CCE), and Gudrun MOSLER-TÖRNSTRÖM, Austria (R, SOC)

Presentation by the rapporteur: Gudrun MOSLER-TÖRNSTRÖM, Austria (R, SOC)

Debate and vote on the draft recommendation [\[CG\(26\)12PROV\]](#)

Deadline for tabling amendments: 10.00 Wednesday 26 March

Close of the 26th Session by the President of the Congress

EVENT: Screening of the film "Papusza", on the life of the Roma poetess Bronislawa Wajs in the projection room (off the main hall of the Palais)

APPENDIX II – Declaration on Ukraine

26th SESSION

Strasbourg, 25-27 March 2014

The situation in Ukraine

Declaration 2 (2014)²

1. The Congress of Local and Regional Authorities of the Council of Europe is deeply concerned at developments in the situation in Ukraine, particularly the attacks on the territorial integrity of the country.

2. It shares the concerns expressed on this subject by the Committee of Ministers and the Parliamentary Assembly of the Council of Europe, and more generally by the whole international community.

3. It does not accept the validity of the referendum, held on 16 March last, without the minimum democratic guarantees that should be in place for any vote and which are the preconditions required by the Congress when it observes local and regional elections.

4. This pseudo-consultation should on no account pave the way for a change of borders between Russia and Ukraine. The use of military force by Russia to redraw national boundaries is unacceptable. The Congress therefore condemns Russia's annexation of Crimea and Sebastopol in violation of international law. The occupation of territories of independent states, as we saw in 2008 in Georgia and are facing now in Ukraine is unacceptable in international law and should not be tolerated.

5. The Congress reiterates its full support for Crimea and Sebastopol to be an undisputed part of Ukraine and for the integrity of the Ukrainian territory to be restored. The Congress also urges all parties to fully respect human rights and the rule of law.

6. The Congress points out that prior to this referendum Crimea enjoyed a broad degree of autonomy and that this could, if necessary, have been strengthened in consultation with the Ukrainian national authorities. In this regard, it recalls its Recommendation 346 (2013) on Regions and territories with special status in Europe, which was adopted on 31 October 2013.

7. In addition, it lends its support to the new and legitimate Ukrainian authorities for any initiatives they take to strengthen democracy in their country and to protect the rights of all Ukraine's citizens, including those of cultural, national and linguistic minority groups, in the spirit of inclusiveness and to ensure genuine dialogue between all political forces.

8. In particular, this dialogue should enable all the persons belonging to a national minority in Ukraine, including the Russian-speaking population as well as the non-Russian speaking minorities of the Autonomous Republic of Crimea, which was illegally annexed by the Russian Federation, to benefit fully from the provisions of the Framework Convention for the Protection of National Minorities and those of the European Charter for Regional or Minority Languages. Lastly, it should lead to constitutional and administrative reforms providing this country with institutions which receive broad consensus and which, with regard to local and regional authorities, comply with the principles of the European Charter of Local Self-Government and those of the Reference Framework on Regional Democracy.

² Adoption by the Congress on 25 March 2014, 2nd Sitting (see Document [CG\(26\)15PROV](#), rapporteur: Marc COOLS, Belgium (L, ILDG).

9. The Congress refers to its recommendations adopted at its session held from 29 to 31 October 2013, further to the report on local and regional democracy in Ukraine, and in particular those calling for the:

a. removal of the constitutional and legislative restrictions to which the local authorities are subject and the reinforcement of subsidiarity by granting local authorities competence for a substantial share of public affairs;

b. transfer of the administrative competences of the districts and regions to elected bodies in order to establish an administration under their responsibility.

10. Such reform would strengthen democracy and the social, economic and territorial cohesion of Ukraine.

11. The Congress is ready to discuss with the new authorities the implementation of these recommendations. It is particularly willing to send a delegation to Ukraine, including the region of Crimea, to examine the situation in the country. It is also at the disposal of the Ukrainian authorities to take part in a mission to observe the local elections to be held in several Ukrainian towns and cities on 25 May 2014.

Der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats

Die Stimme der Städte und Regionen in Europa

- Der Kongress ist eine politische Versammlung, die sich aus 636 gewählten Amtsträgern, i.e. Bürgermeistern, Gouverneuren, Stadträten, etc., zusammensetzt, die 200.000 Gemeinden und Regionen der 47 Mitgliedstaaten des Europarats vertreten.

Er spricht für die kommunal und regional gewählten Vertreter Europas.

- Der Kongress fördert die Dezentralisierung durch die Übertragung politischer Befugnisse und finanzieller Mittel an die Gemeinden und Regionen.

Er gewährleistet, dass politische Entscheidungen auf der Ebene erfolgen, die den Bürgern am nächsten stehen.

- Der Kongress garantiert die zivile Partizipation und fördert eine positive Wahrnehmung der lokalen Identitäten.

Er setzt sich für die gelebte Basisdemokratie in einer immer stärker globalisierten Welt ein.

- Der Kongress stärkt durch die beständige Überwachung der ordnungsgemäßen Anwendung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung, die Beobachtung von Kommunal- und Regionalwahlen und die Herausgabe von Empfehlungen an die Regierungen der 47 Mitgliedstaaten des Europarats die lokale und regionale Demokratie.

Er fördert auf kommunaler Ebene die kommunale Selbstverwaltung in Europa, zusammen mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.



Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats
Avenue de l'Europe F-67075 Strasbourg Cedex Frankreich
Tel.: + 33 (0)3 88 41 21 10 – congress.web@coe.int – www.coe.int/congress